

Katharina  
von Koppenfels-Spies

# Sozialrecht

2. Auflage



MOHR SIEBECK

Katharina v. Koppenfels-Spies  
Sozialrecht





# Sozialrecht

von

Katharina v. Koppenfels-Spies

2., vollständig aktualisierte Auflage

Mohr Siebeck

*Katharina v. Koppenfels-Spies*, geboren 1972; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Münster und der Université de Poitiers; Promotion 1998; Habilitation 2005; seit 2006 Professorin für Bürgerliches Recht, Sozialrecht und Arbeitsrecht an der Universität Freiburg.  
orcid.org/0000-0002-4173-003X

ISBN 978-3-16-162301-1 / eISBN 978-3-16-163496-3  
DOI 10.1628/978-3-16-163496-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

1. Auflage 2018

© 2024 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Textservice Zink in Schwarzach gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

## Vorwort zur 2. Auflage

Seit dem Erscheinen der 1. Auflage des Lehrbuchs Sozialrecht sind mittlerweile sechs Jahre vergangen – im Sozialrecht eine kleine Ewigkeit! Der Gesetzgeber war in diesen Jahren in allen Bereichen des Sozialrechts sehr aktiv, so dass sich das Sozialrecht wieder einmal als äußerst dynamisches Rechtsgebiet erwiesen hat: Es gab und gibt etliche größere und kleinere Reformen, geänderte Begrifflichkeiten, neue Gesetze und weitere Reformpläne. In dieser 2. Auflage haben u.a. das Bürgergeldgesetz, das Soziale Entschädigungsrecht im neuen SGB XIV, die Grundrente, die Digitalisierung im Gesundheitswesen bzw. in der sozialen Pflegeversicherung, die jüngsten Änderungen im Elterngeldrecht, das Jugendstärkungsgesetz im SGB VIII und die sich im Gesetzgebungsprozess befindende Kindergrundsicherung Berücksichtigung gefunden. Das Werk wurde durchgängig aktualisiert, Rechtsprechung und Literatur wurden bis Dezember 2023 ausgewertet und eingearbeitet und die Beispielfälle angepasst.

Zielsetzung und Konzeption der Ursprungsauflage sind bei den Nutzerinnen und Nutzern auf sehr große Zustimmung gestoßen, so dass diese beibehalten wurden. Die umfangreiche Materie des Sozialrechts wird strukturiert und verständlich mit dem Ziel aufbereitet, ein übergreifendes Systemverständnis zu fördern. Dazu tragen auch die Schaubilder, Beispielfälle und Wiederholungsfragen bei.

Mitgewirkt an dieser Neuauflage haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Lehrstuhls in Freiburg, denen ich für ihre stets zuverlässige, sorgfältige und engagierte Unterstützung sehr herzlich danke. Dies sind Helene Adelhoefer, Luisa Biermann, Nadja Dussel, Niklas Günther, Lucas Iгла, Fiona Michel, Anna Schlesinger, Leonard Schnurr, Fabian Thiele und vor allem Thea Wendtland, die diese Neuauflage sehr umsichtig und gewissenhaft, mit großem Einsatz und Sachverstand organisiert und koordiniert hat.

Katharina von Koppenfels-Spies

## Vorwort zur 1. Auflage

Das Sozialrecht mit seinem großen Einfluss auf zahlreiche Lebensbereiche ist ein äußerst komplexes, vielschichtiges und detailreiches Rechtsgebiet, das einer steten Veränderung unterliegt. Wo die Komplexität des Rechtsgebiets den Zugang erschwert, ist eine strukturierte Aufbereitung, die die Zielsetzungen und Hintergründe der einzelnen Regelungen vermittelt und damit zu einem übergreifenden Systemverständnis führt, von besonderer Bedeutung.

Mit diesem Anspruch bietet das vorliegende Lehrbuch eine Gesamtdarstellung des Sozialrechts, die nicht nur das Sozialversicherungsrecht umfasst, sondern auch die Bereiche der sozialen Hilfe, Förderung und Entschädigung behandelt. So werden neben der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung sowie der Arbeitsförderung auch das Recht der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Sozialhilfe, die Ausbildungsförderung, das Wohngeldrecht, die Familienleistungen, die Kinder- und Jugendhilfe und das Recht der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ausführlich dargestellt. Kapitel zum Sozialverwaltungsverfahren, zum Sozialdatenschutz und zum Rechtsschutz im Sozialrecht runden die Darstellung ab. Vertiefende Erläuterungen und Beispiele, Schaubilder, Übungsfälle, Prüfungsschemata und Wiederholungsfragen dienen der didaktischen Aufbereitung des Stoffes.

Dass dieses Lehrbuch entstehen konnte, habe ich auch vielen meiner derzeitigen und ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdanken. Sie haben in vielfacher Weise durch ihre wertvolle Unterstützung zum Gelingen des Werkes beigetragen. Mein besonderer Dank gilt daher Sophie Charlotte Bahr, Ben Eisfeld, Clara Fehl, Fabian Key, Nina Kramer, Jan Labusga, Dr. Katrin von Mielecki, Dr. Julia Pohl, Emil Schneider, Pauline Schneider, Noreen Schwuchow, Luise Steinkröger, Mona Marie Vogt, Hannah Walter, Vinzent Will, Franziska Wolf und vor allem Viktoria Mittelbach, die dieses Lehrbuchprojekt in organisatorischer, konzeptioneller und inhaltlicher Hinsicht engagiert, kompetent und zuverlässig begleitet hat.

Rechtsprechung und Literatur sind bis Ende 2017 berücksichtigt, vereinzelt auch darüber hinaus.

Katharina v. Koppenfels-Spies

# Inhaltsübersicht

	Seite	Rn.
Vorwort zur 2. Auflage . . . . .	V	
Vorwort zur 1. Auflage . . . . .	VI	
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XIII	
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIX	
<b>1. Teil: Einführung . . . . .</b>	<b>1</b>	<b>1</b>
I. Begriff des Sozialrechts . . . . .	1	1
II. Rechtsquellen des Sozialrechts . . . . .	4	9
III. Historische Entwicklung der sozialen Sicherheit in Deutschland . . . . .	9	25
IV. Systematisierung des Sozialrechts . . . . .	12	32
V. Die Position des Sozialrechts in der Rechtsordnung . . . . .	14	40
VI. Überblick über die internationalen Bezüge des Sozialrechts . . . . .	17	48
VII. Ökonomische Grundlagen des Sozialrechts . . . . .	25	70
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	28	77
<b>2. Teil: Allgemeiner Teil – SGB I . . . . .</b>	<b>31</b>	<b>78</b>
I. Einführung . . . . .	31	78
II. Aufgaben des Sozialgesetzbuchs und soziale Rechte . . . . .	31	80
III. Übersicht über die Sozialleistungen und die jeweiligen Leistungsträger – Einweisungsvorschriften . . . . .	32	82
IV. Allgemeine Grundsätze . . . . .	34	91
V. Grundsätze des Leistungsrechts . . . . .	36	97
VI. Mitwirkung des Leistungsberechtigten . . . . .	37	105
VII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	38	107
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	38	108
<b>3. Teil: Sozialversicherung und Arbeitsförderung . . . . .</b>	<b>41</b>	<b>109</b>
A. Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – SGB IV . . . . .	41	109
I. Einführung . . . . .	41	109
II. Sozialversicherung . . . . .	42	114
III. Mitgliedschaft in der Sozialversicherung und Versicherungsverhältnis . . . . .	44	117
IV. Beschäftigung und selbständige Tätigkeit . . . . .	46	121
V. Finanzierung der Sozialversicherung . . . . .	55	142



VI. Meldepflichten des Arbeitgebers . . . . .	59	155
VII. Träger und Organisation der Sozialversicherung, Selbstverwaltung . . . . .	60	156
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	61	159
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	61	160
B. Gesetzliche Krankenversicherung – SGB V . . . . .	62	161
I. Einführung . . . . .	62	161
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	67	170
III. Versicherungsfall . . . . .	80	210
IV. Leistungen . . . . .	83	219
V. Leistungserbringungsrecht . . . . .	101	275
VI. Zuständigkeit/Organisation/Institutionen . . . . .	107	289
VII. Finanzierung . . . . .	111	299
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	115	309
<i>Übungsfall</i> . . . . .	116	310
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	121	310
C. Soziale Pflegeversicherung – SGB XI . . . . .	122	311
I. Einführung . . . . .	122	311
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	125	317
III. Versicherungsfall . . . . .	126	320
IV. Leistungen . . . . .	129	330
V. Leistungserbringungsrecht . . . . .	142	366
VI. Zuständigkeit/Organisation . . . . .	146	378
VII. Finanzierung . . . . .	146	379
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	149	390
<i>Übungsfälle</i> . . . . .	150	391
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	157	395
D. Gesetzliche Unfallversicherung – SGB VII . . . . .	157	396
I. Einführung . . . . .	157	396
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	160	402
III. Versicherungsfälle . . . . .	165	417
IV. Leistungen . . . . .	183	459
V. Haftungsausschlüsse gem. §§ 104ff. SGB VII . . . . .	188	480
VI. Zuständigkeit . . . . .	197	507
VII. Finanzierung . . . . .	198	510
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	199	515
<i>Übungsfall</i> . . . . .	200	516
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	204	518
E. Gesetzliche Rentenversicherung – SGB VI . . . . .	205	519
I. Einführung . . . . .	205	519
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	210	531
III. Versicherungsfälle . . . . .	215	548
IV. Leistungen . . . . .	216	552
V. Leistungserbringungsrecht . . . . .	232	612

VI. Zuständigkeit/Organisation . . . . .	233	613
VII. Finanzierung . . . . .	233	614
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	235	618
<i>Übungsfall</i> . . . . .	236	619
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	239	621
F. Arbeitsförderung – SGB III . . . . .	240	622
I. Einführung . . . . .	240	622
II. Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit . . . . .	245	635
III. Leistungen und Aufgaben der Arbeitsförderung . . . . .	246	639
IV. Finanzierung . . . . .	261	695
V. Organisation/Zuständigkeit . . . . .	262	700
VI. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	263	703
<i>Übungsfall</i> . . . . .	264	704
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	270	706
<b>4. Teil: Soziale Hilfe, Soziale Förderung, Soziale Entschädigung . . . . .</b>	<b>271</b>	<b>707</b>
A. Grundsicherung für Arbeitsuchende und Sozialhilfe – SGB II und SGB XII . . . . .	271	707
I. Einführung . . . . .	271	707
II. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) . . . . .	272	710
III. Sozialhilfe (SGB XII) . . . . .	294	768
IV. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	306	808
<i>Übungsfall</i> . . . . .	307	809
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	313	811
B. Ausbildungsförderung – BAföG . . . . .	314	812
I. Einführung . . . . .	314	812
II. Förderungsvoraussetzungen . . . . .	316	819
III. Leistungen . . . . .	322	837
IV. Förderungsmodalitäten . . . . .	324	844
V. Zuständigkeit/Organisation/Verfahren . . . . .	326	852
VI. Finanzierung . . . . .	327	856
VII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	327	857
<i>Übungsfall</i> . . . . .	328	858
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	333	860
C. Wohngeldrecht – WoGG . . . . .	334	861
I. Einführung . . . . .	334	861
II. Voraussetzungen der Wohngeldgewährung . . . . .	335	866
III. Höhe des Wohngeldes . . . . .	340	881
IV. Zuständigkeit/Organisation/Verfahren . . . . .	342	891
V. Finanzierung . . . . .	343	895
VI. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	343	896
<i>Übungsfall</i> . . . . .	344	897
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	349	899

D. Familienleistungen . . . . .	350	900
I. Einführung . . . . .	350	900
II. Elterngeld . . . . .	352	906
III. Kindergeld . . . . .	356	920
IV. Kinderzuschlag und Leistungen für Bildung und Teilhabe, §§ 6a, 6b BKGG . . . . .	359	929
V. Geplante Kindergrundsicherung . . . . .	360	933
VI. Unterhaltsvorschuss . . . . .	362	939
VII. Mutterschaftsgeld . . . . .	365	943
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	366	948
<i>Übungsfall</i> . . . . .	367	949
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	371	951
E. Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII . . . . .	371	952
I. Einführung . . . . .	371	952
II. Grundsätze des Kinder- und Jugendhilferechts . . . . .	374	958
III. Adressaten des Kinder- und Jugendhilferechts bzw. Berechtigte, § 7 SGB VIII . . . . .	379	972
IV. Leistungen und andere Aufgaben der Jugendhilfe . . . . .	381	980
V. Schutz der Sozialdaten . . . . .	388	997
VI. Organisation, Zuständigkeit, Verfahren . . . . .	389	998
VII. Finanzierung . . . . .	390	1001
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	390	1002
<i>Übungsfall</i> . . . . .	391	1003
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	398	1007
F. Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – SGB IX . . . . .	398	1008
I. Einführung . . . . .	398	1008
II. Zielsetzung und Prinzipien der Rehabilitation und Teilhabe der Menschen mit Behinderungen . . . . .	402	1017
III. Behinderung, Schwerbehinderung und gleichgestellte behinderte Menschen . . . . .	403	1020
IV. Leistungen . . . . .	405	1024
V. Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger und Verfahren . . . . .	409	1033
VI. Schwerbehindertenrecht . . . . .	410	1038
VII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	413	1046
<i>Übungsfall</i> . . . . .	413	1047
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	419	1049
G. Soziales Entschädigungsrecht – SGB XIV . . . . .	419	1050
I. Einführung . . . . .	419	1050
II. Allgemeine Vorschriften . . . . .	422	1056
III. Leistungsvoraussetzungen . . . . .	423	1060
IV. Leistungen . . . . .	428	1082
V. Zuständigkeit/Verfahren/Finanzierung . . . . .	431	1093
VI. Weitere Gesetze . . . . .	432	1095

VII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	433	1099
<i>Übungsfall</i> . . . . .	434	1100
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	435	1102
<b>5. Teil: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz</b> . . . . .	437	1103
A. Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz –		
SGB X . . . . .	437	1103
I. Einführung . . . . .	437	1103
II. Grundzüge des sozialrechtlichen Verwaltungsverfahrens . .	437	1104
III. Sozialdatenschutz . . . . .	446	1130
IV. Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre		
Beziehungen zu Dritten . . . . .	452	1148
V. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	458	1167
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	459	1168
B. Rechtsschutz im Sozialrecht . . . . .	460	1169
I. Einführung . . . . .	460	1169
II. Aufbau der Sozialgerichtsbarkeit . . . . .	461	1171
III. Das sozialgerichtliche Verfahren . . . . .	462	1175
IV. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	467	1196
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	468	1197
<b>6. Teil: Prüfungsschemata</b> . . . . .	469	1198
A. Gesetzliche Krankenversicherung – SGB V . . . . .	469	1198
B. Gesetzliche Unfallversicherung – SGB VII . . . . .	480	1199
C. Gesetzliche Rentenversicherung – SGB VI . . . . .	490	1200
Stichwortverzeichnis . . . . .	501	



# Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rn.
Vorwort zur 2. Auflage . . . . .	V	
Vorwort zur 1. Auflage . . . . .	VI	
Inhaltsübersicht . . . . .	VII	
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXIX	
<b>1. Teil: Einführung</b> . . . . .	<b>1</b>	<b>1</b>
I. Begriff des Sozialrechts . . . . .	1	1
1. Formeller Sozialrechtsbegriff . . . . .	1	2
2. Materieller Sozialrechtsbegriff . . . . .	2	4
3. Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit . . . . .	3	5
II. Rechtsquellen des Sozialrechts . . . . .	4	9
1. Sozialgesetzbuch . . . . .	4	10
2. Sozialrecht auf Länderebene und untergesetzliche sozialrechtliche Regelungen . . . . .	5	13
3. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Sozialrechts . . . . .	5	15
a. Sozialstaatsprinzip . . . . .	5	15
b. Grundrechte . . . . .	6	18
aa. Gleichheitssatz . . . . .	6	18
bb. Freiheitsrechte . . . . .	7	19
cc. Soziale Grundrechte? . . . . .	8	22
c. Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz . . . . .	8	23
4. Europäisches Recht . . . . .	9	24
III. Historische Entwicklung der sozialen Sicherheit in Deutschland . . . . .	9	25
IV. Systematisierung des Sozialrechts . . . . .	12	32
1. Sozialversicherung, Versorgung, Fürsorge . . . . .	12	33
2. Vorsorge, Entschädigung, Hilfe und Förderung . . . . .	12	36
3. Bedarfsabhängige und bedürftigkeitsabhängige Sozialleistungen . . . . .	13	38
4. Beitragsfinanzierte und steuerfinanzierte Sozialleistungen . . . . .	14	39
V. Die Position des Sozialrechts in der Rechtsordnung . . . . .	14	40
1. Sozialrecht und öffentliches Recht . . . . .	14	40
2. Sozialrecht und Privatrecht . . . . .	15	43
VI. Überblick über die internationalen Bezüge des Sozialrechts . . . . .	17	48
1. Einführung . . . . .	17	48

	Seite	Rn.
2. Internationales Sozialrecht . . . . .	18	50
3. Zwischenstaatliches Sozialrecht . . . . .	19	54
4. Europäisches Sozialrecht . . . . .	20	56
VII. Ökonomische Grundlagen des Sozialrechts . . . . .	25	70
1. Sozialbericht, Sozialbudget und Sozialleistungsquote . . . . .	25	70
2. Finanzierungsarten bzw. -quellen der Sozialleistungen . . . . .	26	73
3. Umlageverfahren und Kapitaldeckungsverfahren . . . . .	27	74
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	28	77
<b>2. Teil: Allgemeiner Teil – SGB I . . . . .</b>	<b>31</b>	<b>78</b>
I. Einführung . . . . .	31	78
II. Aufgaben des Sozialgesetzbuchs und soziale Rechte . . . . .	31	80
III. Übersicht über die Sozialleistungen und die jeweiligen Leistungsträger – Einweisungsvorschriften . . . . .	32	82
1. Überblick . . . . .	32	82
2. Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch . . . . .	32	84
3. Einzelne Sozialleistungen und zuständige Leistungsträger . . . . .	34	90
IV. Allgemeine Grundsätze . . . . .	34	91
V. Grundsätze des Leistungsrechts . . . . .	36	97
VI. Mitwirkung des Leistungsberechtigten . . . . .	37	105
VII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	38	107
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	38	108
<b>3. Teil: Sozialversicherung und Arbeitsförderung . . . . .</b>	<b>41</b>	<b>109</b>
<b>A. Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – SGB IV . . . . .</b>	<b>41</b>	<b>109</b>
I. Einführung . . . . .	41	109
II. Sozialversicherung . . . . .	42	114
III. Mitgliedschaft in der Sozialversicherung und Versicherungsverhältnis . . . . .	44	117
IV. Beschäftigung und selbständige Tätigkeit . . . . .	46	121
1. Beschäftigung . . . . .	46	121
2. Abgrenzung zur selbständigen Tätigkeit . . . . .	47	124
3. Geringfügige Beschäftigung . . . . .	50	130
a. Gründe für die Sonderstellung der geringfügigen Beschäftigung . . . . .	51	131
b. Entgelt- und Zeitgeringfügigkeit, geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten . . . . .	51	133
c. Beitrags- und steuerrechtliche Konsequenzen . . . . .	54	137

	Seite	Rn.
V. Finanzierung der Sozialversicherung . . . . .	55	142
1. Beitragsabhängigkeit . . . . .	56	143
2. Beitragssätze, Beitragsbemessungsgrenze, Jahresarbeitsentgeltgrenze . . . . .	56	146
3. Beitragsbemessungsgrundlage . . . . .	58	149
4. Beitragstragung, Beitragszahlung, Gesamtsozialversicherungsbeitrag . . . . .	59	153
VI. Meldepflichten des Arbeitgebers . . . . .	59	155
VII. Träger und Organisation der Sozialversicherung, Selbstverwaltung . . . . .	60	156
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	61	159
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	61	160
<b>B. Gesetzliche Krankenversicherung – SGB V . . . . .</b>	<b>62</b>	<b>161</b>
I. Einführung . . . . .	62	161
1. Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	63	162
2. Herausforderungen der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	64	164
3. Verhältnis zur privaten Krankenversicherung . . . . .	65	166
4. Verhältnis zur gesetzlichen Unfallversicherung . . . . .	66	169
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	67	170
1. Versicherungspflicht . . . . .	67	171
a. Abhängig Beschäftigte und bestimmte selbständig Erwerbstätige (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 3, 4, Abs. 3, Abs. 4a SGB V) . . . . .	67	172
b. Bezieher von Sozialleistungen einschließlich in anerkannten Werkstätten beschäftigte Behinderte (§ 5 Abs. 1 Nr. 2, 2a, 5–8 SGB V) . . . . .	68	174
c. Studenten, Praktikanten, Auszubildende des zweiten Bildungswegs (§ 5 Abs. 1 Nr. 9, 10 SGB V) . . . . .	68	178
d. Rentner und Rentenantragsteller (§ 5 Abs. 1 Nr. 11, 11a, 11b, 12 SGB V) . . . . .	69	180
e. Personen ohne anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall (§ 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V) . . . . .	69	181
f. Hauptberuflich Selbständige (§ 5 Abs. 5 SGB V) . . . . .	70	182
g. Konkurrenzen . . . . .	70	183
h. Beginn und Ende der Mitgliedschaft . . . . .	71	184
i. Ruhen des Leistungsanspruchs . . . . .	72	188
2. Versicherungsfreiheit . . . . .	72	189
a. Versicherungsfreiheit gem. § 6 SGB V . . . . .	72	190
b. Versicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung . . . . .	73	192
3. Befreiung von der Versicherungspflicht . . . . .	74	193



	Seite	Rn.
4. Freiwillige Versicherung . . . . .	75	196
5. Familienversicherung . . . . .	76	201
<i>Schaubild</i> . . . . .	79	209
III. Versicherungsfall . . . . .	80	210
1. Definition des Krankheitsbegriffs . . . . .	80	211
2. Entstellung . . . . .	80	213
3. Altersbedingtes Nachlassen der Fähigkeiten . . . . .	81	215
4. Unerheblichkeit der Krankheitsursache . . . . .	82	216
5. Behandlungsbedürftigkeit und/oder Arbeitsunfähigkeit als Folge . . . . .	82	218
IV. Leistungen . . . . .	83	219
1. Allgemeine Leistungsgrundsätze . . . . .	83	220
a. Wirtschaftlichkeitsgebot . . . . .	83	221
b. Sachleistungsprinzip und Kostenerstattung . . . . .	85	224
aa. Grundsätzlich Sachleistungsprinzip . . . . .	85	224
bb. Ausnahme Kostenerstattung . . . . .	85	226
c. Ruhen des Anspruchs . . . . .	87	230
d. Ärztliche Behandlung, Inanspruchnahme der Leistungen und Antragsverfahren . . . . .	87	231
aa. Arztvorbehalt . . . . .	87	231
bb. Inanspruchnahme der Leistungen . . . . .	88	233
2. Leistungen zur Verhütung von Krankheiten (§§ 20–24b SGB V) . . . . .	89	236
3. Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft (§§ 24c–24i SGB V) . . . . .	91	242
4. Leistungen zur Früherkennung von Krankheiten (§§ 25, 26 SGB V) . . . . .	92	244
5. Leistungen zur Behandlung einer Krankheit (§§ 27–52 SGB V) . . . . .	93	246
a. Ärztliche und zahnärztliche Behandlung, einschließlich Psychotherapie . . . . .	93	248
b. Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel, digitale Gesundheitsanwendungen . . . . .	96	257
c. Krankenhausbehandlung . . . . .	99	264
d. Krankengeld . . . . .	99	267
V. Leistungserbringungsrecht . . . . .	101	275
<i>Schaubild</i> . . . . .	102	276
1. Rechtsbeziehung zwischen Versichertem und Krankenkasse . . . . .	102	277
2. Rechtsbeziehung zwischen Krankenkasse und Leistungserbringern . . . . .	103	278
a. Leistungserbringung durch (Zahn-)Ärzte . . . . .	103	278
b. Leistungserbringung durch Krankenhäuser . . . . .	104	281
c. Leistungserbringung durch andere Leistungsträger . . . . .	104	283

	Seite	Rn.
3. Rechtsbeziehung zwischen Leistungserbringer und Versichertem . . . . .	105	284
VI. Zuständigkeit/Organisation/Institutionen . . . . .	107	289
1. Krankenkassen und ihre Verbände . . . . .	107	289
2. Krankenkassenwahlrecht . . . . .	108	291
3. Medizinischer Dienst . . . . .	109	293
4. Gemeinsamer Bundesausschuss . . . . .	109	295
VII. Finanzierung . . . . .	111	299
1. Beitragsbezogenheit der Finanzierung . . . . .	111	300
2. Beitragspflicht . . . . .	112	301
3. Beitragspflichtige Einnahmen . . . . .	112	302
4. Beitragssatz . . . . .	112	303
5. Beitragstragung und Beitragszahlung . . . . .	113	304
6. Beitragszuschüsse . . . . .	113	306
7. Gesundheitsfonds . . . . .	114	307
8. Risikostrukturausgleich . . . . .	114	308
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	115	309
<i>Übungsfall</i> . . . . .	116	310
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	121	310
<b>C. Soziale Pflegeversicherung – SGB XI . . . . .</b>	<b>122</b>	<b>311</b>
I. Einführung . . . . .	122	311
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	125	317
III. Versicherungsfall . . . . .	126	320
1. Begriff der Pflegebedürftigkeit . . . . .	127	321
2. Ermittlung des Grades der Pflegebedürftigkeit . . . . .	127	323
3. Prüfung und Feststellung der Pflegebedürftigkeit . . . . .	129	328
IV. Leistungen . . . . .	129	330
1. Allgemeine Leistungsgrundsätze . . . . .	129	331
a. Selbstbestimmung der Pflegebedürftigen . . . . .	130	332
b. Ambulant vor stationär . . . . .	130	333
c. Vorrang von Prävention und medizinischer Rehabilitation . . . . .	130	334
d. Sachleistungsprinzip . . . . .	131	335
e. Wirtschaftlichkeitsgebot . . . . .	131	336
f. Ausschluss von Leistungen . . . . .	131	337
g. Ruhen von Leistungsansprüchen . . . . .	132	338
h. Antrag und Vorversicherungszeit . . . . .	132	339
i. Verhältnis zu anderen Sozialleistungen . . . . .	132	341
2. Leistungen bei häuslicher Pflege, §§ 36–40b SGB XI . . . . .	132	342
a. Pflegesachleistung . . . . .	133	343
b. Pflegegeld . . . . .	133	344
c. Kombination von Geldleistung und Sachleistung . . . . .	135	347
d. Zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen . . . . .	135	349

	Seite	Rn.
e. Verhinderungspflege . . . . .	136	350
f. Pflegehilfsmittel und wohnumfeldverbessernde Maßnahmen . . . . .	136	351
g. Digitale Pflegeanwendungen . . . . .	137	352
3. Leistungen bei teil- und vollstationärer Pflege (§§ 41–43b SGB XI) . . . . .	137	355
4. Leistungen für Pflegepersonen (§§ 44–45 SGB XI) . . . . .	139	359
5. Angebote zur Unterstützung im Alltag, Entlastungsbetrag (§§ 45aff. SGB XI) . . . . .	140	363
6. Leistungen für Pflegebedürftige mit Pflegegrad 1 . . . . .	141	365
V. Leistungserbringungsrecht . . . . .	142	366
1. Versorgungsverträge zwischen Pflegekassen und Leistungserbringer . . . . .	142	367
2. Pflegevergütung . . . . .	144	371
3. Rechtsverhältnisse zwischen den Beteiligten . . . . .	145	375
a. Rechtsverhältnis zwischen Pflegekasse und Leistungserbringer . . . . .	145	375
b. Rechtsverhältnis zwischen Pflegekasse und Pflegebedürftigem . . . . .	145	376
c. Rechtsverhältnis zwischen Leistungserbringer und Pflegebedürftigem . . . . .	145	377
VI. Zuständigkeit/Organisation . . . . .	146	378
VII. Finanzierung . . . . .	146	379
a. Beitragsbezogenheit der Finanzierung . . . . .	146	380
b. Beitragssatz . . . . .	147	383
c. Beitragstragung und Beitragszahlung . . . . .	148	385
d. Beitragszuschüsse . . . . .	149	389
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	149	390
<i>Übungsfälle</i> . . . . .	150	391
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	157	395
<b>D. Gesetzliche Unfallversicherung – SGB VII . . . . .</b>	<b>157</b>	<b>396</b>
I. Einführung . . . . .	157	396
1. Gesetzliche Grundlagen . . . . .	158	397
2. Historische Entwicklung . . . . .	158	398
3. Echte und unechte Unfallversicherung . . . . .	159	399
4. Mitgliedschaft und Versicherungsverhältnis . . . . .	159	400
5. Verhältnis zur gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	160	401
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	160	402
1. Versicherungspflicht kraft Gesetzes . . . . .	160	404
a. Beschäftigte (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII) . . . . .	161	405
b. Weitere Versicherungspflichttatbestände (§ 2 Abs. 1 Nr. 2–7 SGB VII) . . . . .	161	406
c. Unechte Unfallversicherung (§ 2 Abs. 1 Nr. 8–17 SGB VII) . . . . .	161	407

	Seite	Rn.
d. „Wie-Beschäftigte“ (§ 2 Abs. 2 S. 1 SGB VII) . . . . .	162	408
e. Konkurrenzen . . . . .	164	412
2. Versicherung kraft Satzung (§ 3 SGB VII) . . . . .	164	413
3. Versicherungsfreiheit (§ 4 SGB VII) . . . . .	164	414
4. Freiwillige Versicherung (§ 6 SGB VII) . . . . .	165	415
III. Versicherungsfälle . . . . .	165	417
1. Arbeitsunfall (§ 8 SGB VII) . . . . .	166	418
a. Arbeitsunfall . . . . .	166	418
aa. Versicherter und grundsätzlich versicherte Tätigkeit . . . . .	166	420
bb. Sachlicher bzw. innerer Zusammenhang . . . . .	167	421
cc. Unfallereignis . . . . .	172	435
dd. Unfallkausalität . . . . .	172	436
ee. Gesundheitsschaden bzw. Tod des Versicherten . . . . .	173	438
ff. Haftungsbegründende Kausalität . . . . .	174	439
gg. Haftungsausfüllende Kausalität . . . . .	174	440
<i>Schaubild</i> . . . . .	175	441
b. Wegeunfall . . . . .	175	442
aa. Abgrenzung Arbeitsweg-Betriebsweg . . . . .	176	443
bb. Konkrete Anfangs- bzw. Endpunkte des versicherten Weges . . . . .	176	445
cc. Dritter Ort . . . . .	178	447
dd. Unmittelbarer Weg . . . . .	178	448
ee. Umweg und Abweg . . . . .	179	449
ff. Unterbrechung . . . . .	179	451
gg. § 8 Abs. 2 Nr. 2–4 SGB VII . . . . .	180	452
c. Arbeitsgeräteunfall (§ 8 Abs. 2 Nr. 5 SGB VII) . . . . .	181	455
2. Berufskrankheit (§ 9 SGB VII) . . . . .	181	456
IV. Leistungen . . . . .	183	459
1. Prävention . . . . .	183	462
2. Heilbehandlung, Teilhabeleistungen, Leistungen bei Pflegebedürftigkeit und Verletztengeld . . . . .	184	364
3. Renten . . . . .	186	471
a. Verletztenrente . . . . .	186	471
b. Hinterbliebenenrenten und Sterbegeld . . . . .	187	476
V. Haftungsausschlüsse gem. §§ 104ff. SGB VII . . . . .	188	480
1. Haftungsausschluss zugunsten des Unternehmers (§ 104 SGB VII) . . . . .	189	483
a. Voraussetzungen des Haftungsausschlusses . . . . .	189	484
b. Entsperrung des Haftungsausschlusses bei Vorsatz und bei Unfällen auf versicherten Wegen . . . . .	191	489
c. Beteiligung Dritter an der Schadensverursachung . . . . .	192	492
2. Haftungsausschluss zugunsten anderer im Betrieb tätiger Personen (§ 105 SGB VII) . . . . .	192	493

	Seite	Rn.
a. Voraussetzungen des Haftungsausschlusses . . . . .	193	495
b. Entsperrung des Haftungsausschlusses bei Vorsatz und bei Unfällen auf versicherten Wegen . . . . .	194	498
3. Weitere Haftungsausschlüsse in § 106 SGB VII . . . . .	194	499
a. Haftungsausschlüsse für Kinder, Schüler und Studierende sowie Pflegepersonen und Pflegebedürftige . . . . .	194	500
b. Haftungsausschluss für Tätige auf einer gemeinsamen Betriebsstätte . . . . .	195	502
4. Regressansprüche der Sozialversicherungsträger gem. § 110 SGB VII . . . . .	196	503
VI. Zuständigkeit . . . . .	197	507
VII. Finanzierung . . . . .	198	510
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	199	515
<i>Übungsfall</i> . . . . .	200	516
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	204	518
<b>E. Gesetzliche Rentenversicherung – SGB VI . . . . .</b>	<b>205</b>	<b>519</b>
I. Einführung . . . . .	205	519
1. Grundlagen . . . . .	205	519
2. SGB VI und andere Formen bzw. Bereiche der Alterssicherung . . . . .	206	523
3. Der Versicherungscharakter der gesetzlichen Rentenversicherung . . . . .	207	526
4. Die gesetzliche Rentenversicherung und der demographische Wandel . . . . .	208	529
II. Versicherter Personenkreis . . . . .	210	531
1. Versicherung kraft Gesetzes (§§ 1–6 SGB VI) . . . . .	210	533
2. Freiwillige Versicherung (§ 7 SGB VI) . . . . .	214	542
3. Nachversicherung, Versorgungsausgleich, Rentensplitting (§ 8 SGB VI) . . . . .	214	544
III. Versicherungsfälle . . . . .	215	548
IV. Leistungen . . . . .	216	552
1. Leistungen zur Teilhabe . . . . .	216	553
a. Voraussetzungen . . . . .	217	555
b. Leistungen . . . . .	218	557
c. Leistungsausschluss . . . . .	219	563
2. Renten . . . . .	219	564
a. Renten wegen Alters . . . . .	219	565
aa. Erreichen der maßgeblichen Altersgrenze . . .	219	566
bb. Erfüllen der Wartezeit . . . . .	221	574
cc. Keine Hinzuverdienstgrenze . . . . .	221	577
dd. Zusätzliche Voraussetzungen für bestimmte Altersrenten . . . . .	222	578
ee. Rentenformel . . . . .	222	581

	Seite	Rn.
b. Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit . . . . .	224	587
aa. Teilweise oder volle Erwerbsminderung . . . . .	225	593
<i>Schaubild</i> . . . . .	227	599
bb. Erfüllen der Wartezeit . . . . .	227	600
cc. So genannte 3/5-Belegung . . . . .	227	601
dd. Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit, § 240 SGB VI . . . . .	228	602
ee. Einhalten der Hinzuverdienstgrenze . . . . .	229	603
c. Renten wegen Todes . . . . .	229	604
d. Grundrente . . . . .	230	606
3. Zusatz- und Serviceleistungen (§§ 106ff. SGB VI) . . . . .	231	609
V. Leistungserbringungsrecht . . . . .	232	612
VI. Zuständigkeit/Organisation . . . . .	233	613
VII. Finanzierung . . . . .	233	614
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	235	618
<i>Übungsfall</i> . . . . .	236	619
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	239	621
<b>F. Arbeitsförderung – SGB III</b> . . . . .	<b>240</b>	<b>622</b>
I. Einführung . . . . .	240	622
1. Historische Entwicklung . . . . .	240	624
2. Allgemeine Grundsätze . . . . .	241	625
3. Sonderstellung des Arbeitsförderungsrechts . . . . .	244	632
II. Versicherungspflicht und Versicherungsfreiheit . . . . .	245	635
III. Leistungen und Aufgaben der Arbeitsförderung . . . . .	246	639
1. Leistungen der aktiven Arbeitsförderung . . . . .	246	640
a. Beratung und Vermittlung . . . . .	247	641
b. Aktivierung und berufliche Eingliederung . . . . .	249	648
c. Berufswahl und Berufsausbildung . . . . .	249	650
d. Berufliche Weiterbildung . . . . .	250	651
e. Aufnahme einer Erwerbstätigkeit . . . . .	250	653
f. Verbleib in Beschäftigung . . . . .	251	655
g. Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben . . . . .	252	663
h. Innovative Ansätze . . . . .	253	664
2. Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld . . . . .	253	665
a. Arbeitslosengeld . . . . .	253	666
aa. Voraussetzungen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld . . . . .	254	667
bb. Dauer und Höhe des Anspruchs auf Arbeitslosengeld, Minderung des Anspruchs . . . . .	256	675
cc. Ruhen des Anspruchs . . . . .	256	678
b. Teilarbeitslosengeld . . . . .	259	687
c. Insolvenzgeld . . . . .	259	689
<i>Schaubild</i> . . . . .	260	691

	Seite	Rn.
3. Weitere Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit . . .	261	694
IV. Finanzierung . . . . .	261	695
V. Organisation/Zuständigkeit . . . . .	262	700
VI. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	263	703
<i>Übungsfall</i> . . . . .	264	704
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	270	706
<b>4. Teil: Soziale Hilfe, Soziale Förderung, Soziale Entschädigung . . . . .</b>	271	707
<b>A. Grundsicherung für Arbeitsuchende und Sozialhilfe – SGB II und SGB XII . . . . .</b>	271	707
I. Einführung . . . . .	271	707
II. Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) . . . . .	272	710
1. Grundlagen . . . . .	272	710
2. Eigenverantwortung, Fördern und Fordern . . . . .	274	717
3. Leistungsberechtigte . . . . .	276	719
a. Alter . . . . .	276	720
b. Erwerbsfähigkeit . . . . .	276	721
c. Hilfebedürftigkeit . . . . .	277	724
d. Gewöhnlicher Aufenthalt in Deutschland . . . . .	278	726
e. Ausschlussstatbestände bzw. -gründe . . . . .	278	727
4. Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen . . . . .	280	733
a. Ermittlung des zu berücksichtigenden Einkommens . . . . .	281	735
b. Ermittlung des zu berücksichtigenden Vermögens . . . . .	282	738
5. Leistungen . . . . .	283	742
a. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit . . . . .	284	743
b. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts . . . . .	286	747
aa. Bürgergeld . . . . .	287	749
bb. Leistungen für Bildung und Teilhabe . . . . .	290	755
cc. Abweichende Leistungserbringung gem. § 24 SGB II . . . . .	291	757
6. Leistungsminderungen . . . . .	291	758
a. Pflichtverletzungen . . . . .	292	759
b. Staffelung der Leistungsminderungen . . . . .	292	760
7. Zuständigkeit/Träger/Finanzierung . . . . .	293	764
8. Übergang von Ansprüchen und Ersatzanspruch bei sozialwidrigem Verhalten . . . . .	294	766
III. Sozialhilfe (SGB XII) . . . . .	294	768
1. Grundlagen . . . . .	294	768
2. Grundprinzipien . . . . .	295	771
3. Leistungsberechtigte . . . . .	297	777
a. Hilfe zum Lebensunterhalt, §§ 27ff. SGB XII . . . . .	297	778

	Seite	Rn.
b. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, §§ 41 ff. SGB XII . . . . .	297	779
c. Hilfe in besonderen Lebenslagen, §§ 47 ff. SGB XII . . . . .	298	781
d. Leistungen für Ausländer . . . . .	299	782
4. Anrechnung von Einkommen und Vermögen . . . . .	300	787
a. Einsatz von Einkommen . . . . .	300	788
b. Einsatz von Vermögen . . . . .	301	790
c. Besonderheiten der Einkommens- und Vermögensanrechnung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung . . . . .	301	791
5. Leistungen . . . . .	302	792
a. Hilfe zum Lebensunterhalt . . . . .	302	793
b. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung . . . . .	303	797
c. Hilfen in besonderen Lebenslagen, §§ 47–74 SGB XII . . . . .	303	798
6. Zuständigkeit/Träger/Finanzierung . . . . .	304	803
7. Kostenersatz und Übergang von Ansprüchen . . . . .	305	805
IV. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	306	808
<i>Übungsfall</i> . . . . .	307	809
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	313	811
<b>B. Ausbildungsförderung – BAföG</b> . . . . .	314	812
I. Einführung . . . . .	314	812
II. Förderungsvoraussetzungen . . . . .	316	819
1. Förderungsfähige Ausbildung . . . . .	316	820
a. Ausbildungsstättenprinzip . . . . .	316	820
b. Förderung einer Ausbildung im Ausland . . . . .	317	825
c. Erst- und Zweitausbildung . . . . .	318	829
d. Masterstudiengänge . . . . .	320	831
2. Persönliche Förderungsvoraussetzungen . . . . .	320	832
3. Förderungsbedürftigkeit . . . . .	321	835
4. Keine Ausschlussgründe, § 2 Abs. 6 BAföG . . . . .	321	836
III. Leistungen . . . . .	322	837
1. Pauschalierte Bedarfssätze . . . . .	322	837
2. Anrechnung von Einkommen und Vermögen . . . . .	323	841
IV. Förderungsmodalitäten . . . . .	324	844
1. Förderungsbeginn und -dauer . . . . .	324	844
2. Förderungsarten . . . . .	325	847
3. Rückzahlung des Darlehens . . . . .	325	848
a. Staatsdarlehen . . . . .	325	848
b. Bankdarlehen . . . . .	326	850
c. Teilerlass des Darlehens . . . . .	326	851
V. Zuständigkeit/Organisation/Verfahren . . . . .	326	852



	Seite	Rn.
VI. Finanzierung . . . . .	327	856
VII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	327	857
<i>Übungsfall</i> . . . . .	328	858
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	333	860
<b>C. Wohngeldrecht – WoGG</b> . . . . .	<b>334</b>	<b>861</b>
I. Einführung . . . . .	334	861
II. Voraussetzungen der Wohngeldgewährung . . . . .	335	866
1. Wohngeldberechtigte Personen . . . . .	336	867
2. Haushaltsmitglieder . . . . .	337	872
3. Wohnraum . . . . .	337	873
4. Bedürftigkeit . . . . .	338	875
5. Keine Ausschlussgründe . . . . .	338	876
6. Antrag . . . . .	339	879
III. Höhe des Wohngeldes . . . . .	340	881
1. Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder . . . . .	340	882
2. Zu berücksichtigende Miete oder Belastung . . . . .	340	883
3. Gesamteinkommen . . . . .	342	890
IV. Zuständigkeit/Organisation/Verfahren . . . . .	342	891
V. Finanzierung . . . . .	343	895
VI. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	343	896
<i>Übungsfall</i> . . . . .	344	897
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	349	899
<b>D. Familienleistungen</b> . . . . .	<b>350</b>	<b>900</b>
I. Einführung . . . . .	350	900
II. Elterngeld . . . . .	352	906
III. Kindergeld . . . . .	356	920
IV. Kinderzuschlag und Leistungen für Bildung und Teilhabe, §§ 6a, 6b BKGG . . . . .	359	929
V. Geplante Kindergrundsicherung . . . . .	360	933
VI. Unterhaltsvorschuss . . . . .	362	939
VII. Mutterschaftsgeld . . . . .	365	943
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	366	948
<i>Übungsfall</i> . . . . .	367	949
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	371	951
<b>E. Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII</b> . . . . .	<b>371</b>	<b>952</b>
I. Einführung . . . . .	371	952
II. Grundsätze des Kinder- und Jugendhilferechts . . . . .	374	958
1. Recht auf Erziehung, Elternverantwortung und staatliches Wächteramt . . . . .	374	958
2. Freie und öffentliche Jugendhilfe . . . . .	375	960

	Seite	Rn.
3. Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten . . .	376	962
4. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen . . . . .	377	965
5. Der Schutzauftrag des Jugendamtes im Hinblick auf das Kindeswohl . . . . .	378	968
6. Verhältnis der Jugendhilfe zu anderen (Sozial-)Leistungen . . . . .	378	969
III. Adressaten des Kinder- und Jugendhilferechts bzw. Berechtigte, § 7 SGB VIII . . . . .	379	972
IV. Leistungen und andere Aufgaben der Jugendhilfe . . . . .	381	980
1. Leistungen der Jugendhilfe . . . . .	381	982
a. Angebote . . . . .	382	983
b. Hilfen . . . . .	384	987
2. Andere Aufgaben der Jugendhilfe . . . . .	386	991
V. Schutz der Sozialdaten . . . . .	388	997
VI. Organisation, Zuständigkeit, Verfahren . . . . .	389	998
VII. Finanzierung . . . . .	390	1001
VIII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	390	1002
<i>Übungsfall</i> . . . . .	391	1003
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	398	1007

#### **F. Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – SGB IX**

<b>F. Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – SGB IX</b> . . . . .	398	1008
I. Einführung . . . . .	398	1008
II. Zielsetzung und Prinzipien der Rehabilitation und Teilhabe der Menschen mit Behinderungen . . . . .	402	1017
III. Behinderung, Schwerbehinderung und gleichgestellte behinderte Menschen . . . . .	403	1020
IV. Leistungen . . . . .	405	1024
1. Leistungen zur Teilhabe . . . . .	405	1024
2. Leistungen der Eingliederungshilfe . . . . .	408	1032
V. Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger und Verfahren . . . . .	409	1033
VI. Schwerbehindertenrecht . . . . .	410	1038
VII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	413	1046
<i>Übungsfall</i> . . . . .	413	1047
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	419	1049

#### **G. Soziales Entschädigungsrecht – SGB XIV**

<b>G. Soziales Entschädigungsrecht – SGB XIV</b> . . . . .	419	1050
I. Einführung . . . . .	419	1050
1. Überblick . . . . .	419	1050
2. Historische Entwicklung . . . . .	421	1052
II. Allgemeine Vorschriften . . . . .	422	1056
1. Aufgabe der Sozialen Entschädigung . . . . .	422	1056
2. Berechtigter Personenkreis . . . . .	422	1059

	Seite	Rn.
III. Leistungsvoraussetzungen . . . . .	423	1060
1. Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	423	1061
a. Gesundheitsschädigung und Schädigungsfolgen . . .	423	1061
b. Kausalität . . . . .	423	1063
2. Entschädigungstatbestände . . . . .	425	1067
a. Gewalttaten . . . . .	425	1068
b. Kriegsauswirkungen beider Weltkriege . . . . .	427	1076
c. Ereignisse im Zusammenhang mit der Ableistung des Zivildienstes . . . . .	427	1077
d. Schutzimpfungen oder andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe . . . . .	427	1078
IV. Leistungen . . . . .	428	1082
1. Leistungsgrundsätze . . . . .	429	1083
2. Spezifische Leistungen der Sozialen Entschädigung . .	429	1086
a. Schnelle Hilfen . . . . .	429	1086
b. Berufsschadensausgleich . . . . .	430	1088
c. Entschädigungszahlungen . . . . .	430	1089
d. Besondere Leistungen im Einzelfall . . . . .	430	1090
3. Sonstige Leistungen . . . . .	431	1091
4. Leistungserbringung bei Leistungen zur Krankenbehandlung und bei Pflegebedürftigkeit . . . .	431	1092
V. Zuständigkeit/Verfahren/Finanzierung . . . . .	431	1093
VI. Weitere Gesetze . . . . .	432	1095
1. Soldatenentschädigungsgesetz (SEG) . . . . .	432	1095
2. Häftlingshilfegesetz (HHG) . . . . .	432	1096
3. Strafrechtliches, Verwaltungsrechtliches und Berufliches Rehabilitierungsgesetz . . . . .	433	1098
VII. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	433	1099
<i>Übungsfall</i> . . . . .	434	1100
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	435	1102

## **5. Teil: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz . . . . .** 437 1103

### **A. Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – SGB X . . . . .** 437 1103

I. Einführung . . . . .	437	1103
II. Grundzüge des sozialrechtlichen Verwaltungsverfahrens .	437	1104
1. Einleitung des Verwaltungsverfahrens . . . . .	438	1107
2. Zuständigkeit . . . . .	439	1108
3. Verfahrensgrundsätze . . . . .	439	1109
4. Handlungsformen . . . . .	440	1112
5. Bestandskraft und Aufhebung von Verwaltungsakten .	441	1118
a. Die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte . .	442	1119
b. Der Widerruf rechtmäßiger Verwaltungsakte . . . .	444	1124

	Seite	Rn.
c. Die Aufhebung von Verwaltungsakten mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse . . . .	445	1128
d. Die Rückabwicklung von zu Unrecht erbrachten Leistungen . . . . .	446	1129
III. Sozialdatenschutz . . . . .	446	1130
1. Das Sozialgeheimnis, § 35 SGB I . . . . .	448	1134
2. Verarbeitung von Sozialdaten . . . . .	449	1136
3. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen die Regelungen des Sozialdatenschutzes . . . . .	451	1143
IV. Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten . . . . .	452	1148
1. Grundsätze der Zusammenarbeit der Leistungsträger untereinander und mit Dritten . . . . .	452	1149
2. Erstattungsansprüche der Leistungsträger untereinander . . . . .	452	1151
3. Erstattungs- und Ersatzansprüche der Leistungsträger gegen Dritte . . . . .	454	1157
V. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	458	1167
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	459	1168
<b>B. Rechtsschutz im Sozialrecht . . . . .</b>	<b>460</b>	<b>1169</b>
I. Einführung . . . . .	460	1169
II. Aufbau der Sozialgerichtsbarkeit . . . . .	461	1171
III. Das sozialgerichtliche Verfahren . . . . .	462	1175
1. Verfahrensgrundsätze . . . . .	462	1176
2. Grundsatz der Klägerfreundlichkeit des sozialgerichtlichen Verfahrens . . . . .	463	1177
3. Der Rechtsweg zu den Sozialgerichten . . . . .	464	1182
4. Klagearten . . . . .	465	1184
5. Entscheidungen und Rechtsmittel . . . . .	466	1192
IV. Literatur und Rechtsprechung . . . . .	467	1196
<i>Wiederholungsfragen</i> . . . . .	468	1197
<b>6. Teil: Prüfungsschemata . . . . .</b>	<b>469</b>	<b>1198</b>
<b>A. Gesetzliche Krankenversicherung – SGB V . . . . .</b>	<b>469</b>	<b>1198</b>
<b>B. Gesetzliche Unfallversicherung – SGB VII . . . . .</b>	<b>480</b>	<b>1199</b>
<b>C. Gesetzliche Rentenversicherung – SGB VI . . . . .</b>	<b>490</b>	<b>1200</b>
Stichwortverzeichnis . . . . .	501	



## Abkürzungsverzeichnis

aA	andere Auffassung
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
aE	am Ende
aF	alte Fassung
Alt.	Alternative
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit
ÄndG	Änderungsgesetz
Anm.	Anmerkung
ArbG	Arbeitsgericht
ArbRB	Der Arbeits-Rechtsberater
Art.	Artikel
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bd.	Band
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BG	Die Berufsgenossenschaft
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BPUVZ	Zeitschrift für betriebliche Prävention und Unfallversicherung
BR-Drs.	Bundsrats-Drucksache
BSG	Bundessozialgericht
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dh	das heißt
dies.	dieselbe
Drs.	Drucksache
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
einschl.	einschließlich
etc	et cetera (und so weiter)

EuGH	Europäischer Gerichtshof
f., ff.	folgende Seite bzw. Seiten
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht
FamRB	Familien-Rechtsberater
FS	Festschrift
GBL	Gesetzblatt
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
grds.	grundsätzlich
GuP	Gesundheit und Pflege
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
hM	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
idS	in diesem Sinne
iHd	in Höhe des/der
iHv	in Höhe von
info also	Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht
insb.	insbesondere
iSd	im Sinne des
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
JAS	Journal für Arbeitsrecht und Sozialrecht
jM	juris – Die Monatszeitschrift
Kap.	Kapitel
Kfz	Kraftfahrzeug
LKW	Lastkraftwagen
LPK	Lehr- und Praxiskommentar
LSG	Landessozialgericht
mind.	mindestens
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
mwN	mit weiteren Nachweisen
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins
nF	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenzeitschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWB	Steuer- und Wirtschaftsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PKW	Personenkraftwagen
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
RGBl.	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
r+s	recht und schaden

RVO	Rechtsverordnung
S.	Seite(n), Satz
s.	siehe
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SDSRV	Schriftenreihe des Deutschen Sozialrechtsverbandes
SG	Sozialgericht
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit: Zeitschrift für das aktuelle Sozialrecht
sog	sogenannt
SozR	Sozialrecht
SozSich	Soziale Sicherheit
SRa	Sozialrecht aktuell
SRH	Sozialrechtshandbuch
str.	strittig
stRspr	ständige Rechtsprechung
ua	unter anderem
Urt.	Urteil
usw	und so weiter
va	vor allem
Var.	Variante
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vor	Vorbemerkung
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
zB	zum Beispiel**
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZFSH/SGB	Zeitschrift für die sozialrechtliche Praxis
ZIAS	Zeitschrift für ausländisches und internationales Arbeits- und Sozialrecht
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe





# 1. Teil: Einführung

## I. Begriff des Sozialrechts

Am Anfang dieses Lehrbuchs für Sozialrecht stehen die elementaren Fragen, was eigentlich Sozialrecht ist, wie Sozialrecht definiert werden kann und welche Rechtsbereiche es umfasst – Fragen, die gleichzeitig trivial und – bei näherer Beleuchtung – herausfordernd erscheinen.<sup>1</sup> Während im Ausland überwiegend ein weiter Sozialrechtsbegriff verwendet wird, der auch das Arbeitsrecht mit einschließt,<sup>2</sup> ist heute im deutschen Recht ein engeres Verständnis von Sozialrecht vorherrschend, das das Arbeitsrecht ausklammert.<sup>3</sup> Eine Annäherung an die Frage, wie Sozialrecht zu definieren ist bzw. welche Rechtsbereiche das Sozialrecht umfasst, erfolgt üblicherweise mittels des **formellen und des materiellen Sozialrechtsbegriffs**.

### 1. Formeller Sozialrechtsbegriff

Im **formellen Sinne** gehören zum Sozialrecht alle Rechtssätze, die der Gesetzgeber dem Sozialrecht zugewiesen hat. Diese Rechtssätze kann man dem SGB I entnehmen. Ohne dass es auf den Inhalt ankommt, gehören danach zum Sozialrecht alle Sozialgesetzbücher (SGB I–SGB XII, SGB XIV) sowie die in § 68 SGB I genannten Gesetze, die bis zu ihrer Einordnung in das Sozialgesetzbuch als dessen besondere Teile gelten. Dies sind das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG, vgl. § 68 Nr. 1 SGB I), die Reichsversicherungsordnung (RVO, vgl. § 68 Nr. 3 SGB I), das Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte (ALG, vgl. § 68 Nr. 4 SGB I), das Zweite Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG 1989, vgl. § 68 Nr. 6 SGB I), Gesetze, die eine entsprechende Anwendung der Leistungsvorschriften des SGB XIV vorsehen, wie zB § 59 Abs. 1 des Bundesgrenzschutzgesetzes oder §§ 4, 5 des Häftlingshilfegesetzes (vgl. § 68 Nr. 7 lit. a–d SGB I), ferner das Bundeskindergeldgesetz (BKGG, vgl. § 68 Nr. 9 SGB I), das Wohngeldgesetz (WoGG, vgl. § 68 Nr. 10 SGB I), das Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG, vgl. § 68 Nr. 12 SGB I), das Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG, vgl. § 68 Nr. 14 SGB I), der Erste und Zweite Abschnitt des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG, vgl. § 68 Nr. 15 SGB I), das Altersteilzeitgesetz (AltTZG, vgl. § 68 Nr. 16 SGB I),

---

1 Der Gesetzgeber verwendet zunehmend gendergerechte Sprache. Dem jeweiligen Gesetz entsprechend wird in diesem Lehrbuch vorgegangen. Wo das generische Maskulinum genutzt wird, sind alle Geschlechteridentitäten einbezogen.

2 Vgl. die Nachweise bei SRH/Becker § 1 Rn. 8.

3 SRH/Becker § 1 Rn. 8.

der Fünfte Abschnitt des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG, vgl. § 68 Nr. 17 SGB I) und die §§ 80–83a des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG), soweit sie die entsprechende Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes vorsehen (vgl. § 68 Nr. 18 SGB I).

- 3 Vorteil dieses formellen Sozialrechtsbegriffs ist, dass er pragmatisch, einprägsam und leicht zu handhaben ist.<sup>4</sup> Er hat aber kaum inhaltliche Aussagekraft und ist insoweit ungenau. Auch trägt der formelle Sozialrechtsbegriff nichts zur methodischen Systembildung bei.<sup>5</sup> Darüber hinaus ist er schwerfällig, da er dynamische Veränderungen des Sozialstaats – soweit sie sich nicht innerhalb der aufgeführten Gesetze vollziehen – nicht oder nur mit zeitlicher Verzögerung zu erfassen vermag.<sup>6</sup>

## 2. Materieller Sozialrechtsbegriff

- 4 Was Sozialrecht in inhaltlicher Hinsicht bedeutet, versucht der **materielle Sozialrechtsbegriff** zu umschreiben. Eine herrschende Definition hat sich bislang nicht durchgesetzt; alle Versuche, den Begriff „Sozialrecht“ materiell zu definieren, weisen Defizite auf.<sup>7</sup> Möglich ist daher nur eine Annäherung an das, was unter Sozialrecht im materiellen, inhaltlichen Sinne zu verstehen ist. Diese Annäherung geht von den in § 1 SGB I genannten Aufgaben und Zielen des Sozialgesetzbuchs aus. Gem. § 1 Abs. 1 S. 1 SGB I soll das Recht des Sozialgesetzbuchs zur Verwirklichung **sozialer Gerechtigkeit** und **sozialer Sicherheit** Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. Es soll weiterhin dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen (§ 1 Abs. 1 S. 2 SGB I). Das Sozialrecht soll mithin soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit verwirklichen; hierzu sollen Sozialleistungen eingesetzt bzw. gewährt werden. Insofern, als auch der Sozialstaat soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zum Ziel hat, kann man auch sagen, dass das Sozialrecht in besonderer Weise auf die Verwirklichung des Sozialstaats ausgerichtet ist.<sup>8</sup>

4 Kokemoor Rn. 1.

5 SRH/Becker § 1 Rn. 9f.; Waltermann/Schmidt/Chandna-Hoppe Rn. 43.

6 Muckel/Ogorek/Rixen § 3 Rn. 2.

7 ZB die Definition von Zacher VSSR 1976, 1: „Alle Regeln, die sich durch eine gesteigerte Intensität ihres sozialpolitischen Gehalts auszeichnen.“ Hier bleibt unberücksichtigt, dass sich auch Regeln außerhalb des Sozialrechts, wie etwa im Arbeits-, Miet- oder Verbraucherschutzrecht durch eine besondere sozialpolitische Zielsetzung auszeichnen.

8 Muckel/Ogorek/Rixen § 3 Rn. 3; Waltermann/Schmidt/Chandna-Hoppe Rn. 44.

### 3. Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit

Mit den Aufgaben, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zu verwirklichen, ist aber nur ein wenig Licht in das Dunkel des materiellen Sozialrechtsbegriffs gebracht worden. Denn was heißt soziale Gerechtigkeit? Wann bzw. wodurch wird soziale Sicherheit verwirklicht? 5

**Soziale Gerechtigkeit** umschreibt nach *Igl/Welti*<sup>9</sup> die aus dem Gebot der Sozialstaatlichkeit folgende Aufgabe des Sozialstaats und dementsprechend auch des Sozialrechts, dafür zu sorgen, dass „jeder Mensch die Chance hat, die seinen individuellen Kräften und Fähigkeiten entsprechende soziale Stellung in der Gesellschaft zu erlangen“. Dieser Begriff der sozialen Gerechtigkeit enthält Facetten der **Bedarfsgerechtigkeit**, die etwa im Wohngeld- oder Kinder- und Jugendhilferecht (§§ 7, 8 SGB I) zum Tragen kommt, ferner der **Chancengerechtigkeit**, wie sie der Ausbildungsförderung (§ 3 SGB I), der Familienförderung (§ 6 SGB I) oder der Teilhabe der Menschen mit Behinderung (§ 10 SGB I) zugrunde liegt, sowie der **Leistungsgerechtigkeit** und der **Besitzstandsgerechtigkeit**, die etwa im Rahmen des Sozialversicherungs- und Sozialen Entschädigungsrechts (§§ 4, 5 SGB I) zum Tragen kommen.<sup>10</sup> 6

**Soziale Sicherheit** zielt auf die materielle Existenzsicherung des Einzelnen ab. Das Sozialrecht will erreichen, dass jeder in „die Lage versetzt ist, auf (vor allem in ökonomischer Hinsicht) verlässlicher Basis sein Leben zu gestalten“<sup>11</sup>. Das Sozialrecht soll den Einzelnen dazu anhalten und darin unterstützen, gegen vorhersehbare bzw. planbare Lebenslagen und Risiken Vorsorge zu treffen. Dieses Anliegen wird vor allem durch die Sozialversicherung, also die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung umgesetzt. Bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitsunfall, Alter und Invalidität sollen die entsprechenden Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit getroffen bzw. die finanziellen Mittel zur wirtschaftlichen Absicherung bereitgestellt werden.<sup>12</sup> 7

Diese Ansätze, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zu erklären, zeigen, dass beide Begriffe nicht scharf voneinander getrennt werden können, sondern dass es vielmehr Überschneidungen zwischen beiden gibt und dass einzelne Sozialleistungsbereiche beiden Zielsetzungen des Sozialrechts zugeordnet werden können. Deutlich ist aber, wie schon die Gesetzesbegründung zum SGB I im Jahr 1973<sup>13</sup> formulierte, dass es dem Sozialrecht wie auch dem Sozialstaat um „den Schutz des Einzelnen gegen Lebensrisiken, darüber hinaus aber auch um das Streben nach einer gerechten Gesellschaftsordnung“ geht. 8

9 *Igl/Welti* § 1 Rn. 5.

10 KRW/*Hänlein* SGB I §§ 1–10 Rn. 3; *Eichenhofer* Rn. 7.

11 *Waltermann/Schmidt/Chandna-Hoppe* Rn. 47.

12 *Waltermann/Schmidt/Chandna-Hoppe* Rn. 47.

13 BT-Drs. 7/868, 22.

## II. Rechtsquellen des Sozialrechts

- 9 Auf allen Hierarchieebenen finden sich Rechtsquellen des Sozialrechts: Im Bereich des europäischen Rechts, im Grundgesetz, im einfachen Recht sowie in untergesetzlichen Regelungen, wie etwa Rechtsverordnungen, Satzungen und Richterrecht. Die wichtigste Rechtsquelle in der täglichen Sozialrechtspraxis ist das Sozialgesetzbuch.

### 1. Sozialgesetzbuch

- 10 Mitte der 1970er Jahre wurde damit begonnen, das gesamte Sozialrecht in einem Sozialgesetzbuch (SGB) zu kodifizieren. Inzwischen hat das Sozialgesetzbuch dreizehn Bücher (SGB I bis SGB XII, SGB XIV).<sup>14</sup> Das Sozialgesetzbuch ist die wichtigste Rechtsquelle des Sozialrechts.
- 11 Nach der ursprünglichen Konzeption sollte das Sozialgesetzbuch nur zehn Bücher umfassen. So erklärt es sich, dass das **SGB I** aus dem Jahr 1976 den Allgemeinen Teil für das gesamte Sozialrecht und das **SGB X** (1981/1983) das Sozialverwaltungsverfahren und den Sozialdatenschutz beinhaltet. Innerhalb dieser Klammer sollten dann die einzelnen Sozialleistungsbereiche gesetzlich normiert sein. Mit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995, die im **SGB XI** kodifiziert wurde, und den umfangreichen Hartz-Reformen Anfang der 2000er Jahre, die dazu geführt haben, dass im Jahr 2004 das Sozialhilferecht aus dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in das **SGB XII** überführt wurde, wurde dieser Rahmen allerdings gesprengt. Eine weitere Ausdehnung erhielt das Sozialgesetzbuch 2024 mit der Einführung eines **SGB XIV** zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts. Aus dem Jahr 2005 stammt das **SGB II**, das die Grundversicherung für Arbeitsuchende normiert. Das Arbeitsförderungsrecht ist seit dem Jahr 1998 im **SGB III** kodifiziert. Einen allgemeinen Teil nur für das Sozialversicherungsrecht beinhaltet das **SGB IV** aus dem Jahr 1977. Das Krankenversicherungsrecht ist seit 1989 im **SGB V**, die Rentenversicherung seit 1992 im **SGB VI** und die Unfallversicherung seit 1997 im **SGB VII** normiert. Das **SGB VIII** beinhaltet seit 1991 das Kinder- und Jugendhilferecht. Das Sozialrecht entwickelt sich als ein politisches Dynamiken unterliegendes Rechtsgebiet laufend fort. Dies lässt sich ua an den neuesten gesetzgeberischen Aktivitäten im SGB VIII und Wohngeld, der Gesetzgebung zum Bürgergeld oder der geplanten Einführung einer Kindergrundsicherung<sup>15</sup> erkennen.
- 12 Neben den Sozialgesetzbüchern I bis XII, XIV gehören noch weitere Gesetze bzw. Materien zum Sozialrecht. Es handelt sich dabei um **die in § 68 SGB I genannten Gesetze**, die bis zu ihrer Einordnung in das Sozialgesetzbuch als dessen besondere Teile gelten.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Das SGB XIV folgt direkt auf das SGB XII, die Zahl 13 sollte vermieden werden.

<sup>15</sup> S. zu diesem Vorhaben die Rn. 933ff.

<sup>16</sup> Siehe Rn. 2.

## 2. Sozialrecht auf Länderebene und untergesetzliche sozialrechtliche Regelungen

Sozialrecht ist überwiegend Bundesrecht; Sozialleistungsrecht auf Länderebene ist selten. Beispiele für landesrechtliche Regelungen im Sozialrecht sind etwa das mittlerweile in vielen Bundesländern geschaffene Blinden- oder Sinnesbehindertengeld<sup>17</sup> oder das Familiengeld in Bayern<sup>18</sup>; auch die Krankenhausgesetze der Länder<sup>19</sup> sind in diesem Zuge zu nennen. 13

Unterhalb der gesetzlichen Ebene spielen vor allem Rechtsverordnungen und Satzungen eine gewichtige Rolle. Beispiele für Rechtsverordnungen im Sozialrecht sind etwa die auf der Ermächtigung des § 40 SGB XII erlassene Regelsatzverordnung oder die im Unfallversicherungsrecht zentrale Berufskrankheitenverordnung (BKV), die auf der Grundlage des § 9 SGB VII erlassen wird. Beispiele für sozialrechtliche Satzungen sind etwa die nach Maßgabe des § 242 SGB V erlassenen Satzungen der Krankenkassen über die kassenindividuellen Zusatzbeiträge oder die auf der Grundlage von § 15 SGB VII erlassenen Unfallverhütungsvorschriften. 14

## 3. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Sozialrechts

### a. Sozialstaatsprinzip

Gem. Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 S. 1 GG ist die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Rechtsstaat. Das Bekenntnis zum Sozialstaat ist zwar nicht in den Grundrechten geregelt, gleichwohl ist das Sozialstaatsprinzip bei der Auslegung des Grundgesetzes wie bei der Auslegung anderer Gesetze zu beachten.<sup>20</sup> Das Sozialstaatsprinzip unterfällt der sog. Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG; es bildet zusammen mit dem Rechtsstaatsprinzip und der Garantie des Schutzes der Menschenwürde gem. Art. 1 Abs. 1 GG den Kernbestand der Verfassungsordnung.<sup>21</sup> 15

Das Sozialstaatsprinzip umfasst nach der Rechtsprechung des BVerfG das **Gebot der sozialen Sicherheit** und das **Gebot der sozialen Gerechtigkeit**.<sup>22</sup> Es verpflichtet den Gesetzgeber dazu, die widerstreitenden Interessen in einen erträglichen Ausgleich zu bringen und sich um die Herstellung erträglicher Lebensbedingungen für alle zu bemühen.<sup>23</sup> **Soziale Gegensätze** sollen ausge- 16

<sup>17</sup> So zB in Rheinland-Pfalz das Landesblindengeldgesetz (LBlindenGG RP) v. 28.3.1995, GVBl. 1995, 55, 58 oder in Thüringen das Gesetz über das Sinnesbehindertengeld (ThürSinnbGG) v. 7.10.2010, GVBl. 2010, 319.

<sup>18</sup> Bayerisches Familiengeldgesetz (BayFamGG) v. 24.7.2018, GVBl. 2018, 613, 622.

<sup>19</sup> So zB das Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg (LKHG BW) v. 29.11.2007, GBl. 2008, 13.

<sup>20</sup> BVerfG Beschl. v. 19.12.1951 – 1 BvR 220/51, BVerfGE 1, 97, 105.

<sup>21</sup> BeckOK/Dietlein GG Art. 79 Rn. 50.

<sup>22</sup> BVerfG Urt. v. 17.8.1956 – 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85, 198; BVerfG Beschl. v. 6.5.1975 – 1 BvR 332/72, BVerfGE 39, 316, 327; BVerfG Beschl. v. 22.6.1977 – 1 BvL 2/74, BVerfGE 45, 376, 387.

<sup>23</sup> BVerfG Beschl. v. 19.12.1951 – 1 BvR 220/51, BVerfGE 1, 97, 105.

glichen und eine **gerechte Sozialordnung** geschaffen werden.<sup>24</sup> Insofern begründet das Sozialstaatsprinzip in erster Linie einen Handlungsauftrag an den Gesetzgeber.<sup>25</sup>

- 17 Seit seiner für das Sozialrecht wegweisenden Entscheidung vom 9.2.2010<sup>26</sup> leitet das BVerfG aus Art. 1 Abs. 1 GG iVm dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG das **Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums** ab, das jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zusichert, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. Dieses Grundrecht steht als Gewährleistungsrecht selbständig neben dem absolut wirkenden Anspruch aus Art. 1 Abs. 1 GG auf Achtung der Menschenwürde.

## b. Grundrechte

### aa. Gleichheitssatz

- 18 Im Sozialrecht, das der Leistungsverwaltung zuzuordnen ist, entfaltet der **allgemeine Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG** eine besondere Bedeutung. Nach der sog. „Willkürformel“ verbietet Art. 3 Abs. 1 GG, wesentlich Gleiches willkürlich ungleich und wesentlich Ungleiches willkürlich gleich zu behandeln. Willkür in diesem Sinne liegt vor, wenn kein vernünftiger, sachlich oder sonst wie einleuchtender Grund gegeben ist.<sup>27</sup> Wird eine Gruppe von Normadressaten besser oder schlechter als eine andere Gruppe von Normadressaten behandelt, liegt in dieser Ungleichbehandlung ein Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG, wenn „zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie eine ungleiche Behandlung rechtfertigen könnten“<sup>28</sup>. Für die Verschiedenbehandlung von Personen oder Personengruppen wurde die Willkürformel durch die Rechtsprechung schärfer konturiert, so dass die gesetzgeberische Gestaltungsfreiheit eingeschränkt und die Kontrolldichte vergrößert wurde (sog. neue Formel).<sup>29</sup> Diese Situation tritt im Sozialrecht bzw. bei der Sozialleistungsgewährung häufiger auf: Dass Versicherte mit Kindern und Versicherte ohne Kinder in der sozialen Pflegeversicherung beitragsrechtlich gleich behandelt wurden, verletzte nach Auffassung des BVerfG<sup>30</sup> den allgemeinen Gleichheitssatz, was zur Einführung des Beitragszuschlags für Kinderlose in § 55 Abs. 3 SGB XI geführt hat. Zuletzt hat das BVerfG<sup>31</sup> zudem

24 BVerfG Urt. v. 18.6.1967 – 2 BvF 3/62, BVerfGE 22, 180, 204.

25 BVerfG Beschl. v. 19.12.1978 – 1 BvR 335/76, BVerfGE 50, 57, 108; BVerfG Urt. v. 9.2.2010 – 1 BvL 1/09, BVerfGE 125, 175, 224.

26 BVerfG Urt. v. 9.2.2010 – 1 BvL 1/09, BVerfGE 125, 175.

27 BVerfG Urt. v. 23.10.1951 – 2 BvG 1/51, BVerfGE 1, 14, 52.

28 BVerfG Beschl. v. 26.1.1993 – 1 BvL 38/92, BVerfGE 88, 87, 96.

29 SRH/*Papier/Shirvani* § 3 Rn. 92; s. auch *Muckel/Ogorek/Rixen* § 6 Rn. 17; vgl. zur neuen Formel BVerfG Beschl. v. 7.10.1980 – 1 BvL 50/79, BVerfGE 55, 72, 88f.

30 BVerfG Urt. v. 3.4.2001 – 1 BvR 1629/94, BVerfGE 103, 242, 263.

31 BVerfG Beschl. v. 7.4.2022 – 1 BvL 3/18 ua, BVerfGE 161, 163.

entschieden, dass auch § 55 Abs. 3 SGB XI mit Art. 3 Abs. 1 GG insofern unvereinbar ist, als beitragspflichtige Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung, die Kinder betreuen und erziehen, ohne Differenzierung nach der Anzahl ihrer Kinder in gleicher Weise zu Beiträgen herangezogen werden.<sup>32</sup> Keine Schlechterstellung von verheirateten Versicherten im Vergleich zu unverheiratet zusammenlebenden Versicherten und damit keinen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG sah das BVerfG<sup>33</sup> in der Regelung des § 10 Abs. 3 SGB V, der die Zuordnung des Kindes zu dem besserverdienenden privatversicherten Elternteil bei der Frage des Vorliegens einer Familienversicherung vorsieht.<sup>34</sup> Als Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG wertete das BVerfG<sup>35</sup> hingegen den generellen Ausschluss der Studierenden vom Bezug des Arbeitslosengelds im früheren und seit 1988 aufgehobenen § 118a Arbeitsförderungsgesetz. Durch das Vorliegen eines sachlichen Grundes gerechtfertigt angesehen hat das BVerfG<sup>36</sup> indes die unterschiedlichen Altersgrenzen bei Altersruhegeld für Männer und Frauen; hierin liege kein Gleichheitsverstoß.

### bb. Freiheitsrechte

Vor allem die Freiheitsrechte der Art. 2 Abs. 1, 12 und 14 GG haben im Sozialrecht Bedeutung und Einfluss. 19

Art. 2 Abs. 1 GG normiert das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und gewährleistet und schützt insoweit die allgemeine Handlungsfreiheit. Sie – und nicht die Eigentumsfreiheit des Art. 14 GG – ist tangiert, wenn dem Bürger vom Staat **Geldleistungspflichten** auferlegt werden. Insoweit stellt sich dann regelmäßig die Frage, ob die Abgabenbelastung dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit standhält.<sup>37</sup> Soweit es um die Frage der **Pflichtmitgliedschaft** (Zwangsmitgliedschaft) in der Sozialversicherung geht, ist ebenfalls Art. 2 Abs. 1 GG (und nicht etwa Art. 9 Abs. 1 GG, der nur vor privatrechtlichen Zwangszusammenschlüssen schützt) einschlägig.<sup>38</sup> Nach Auffassung des BVerfG bedeutet die Anordnung der Pflichtversicherung für bestimmte Personengruppen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung jedoch keinen Verstoß gegen Art. 2 Abs. 1 GG, da eine funktionsfähige und finanzierbare Sozialversicherung die Einbeziehung eines hinreichend großen Personenkreises voraussetzt.<sup>39</sup>

Auch das **Grundrecht der Berufsfreiheit aus Art. 12 GG**, das die Berufswahl und Berufsausübung schützt, ist im Sozialrecht von Bedeutung. Das Ver- 20

32 S. zum Ganzen auch Rn. 384, 902f.

33 BVerfG Urt. v. 12.2.2003 – 1 BvR 624/01, BVerfGE 107, 205.

34 Dazu auch Rn. 201ff.

35 BVerfG Beschl. v. 18.11.1986 – 1 BvL 29/83 ua, BVerfGE 74, 9.

36 BVerfG Beschl. v. 28.1.1987 – 1 BvR 455/82, BVerfGE 74, 163.

37 *Muckel/Ogorek/Rixen* § 6 Rn. 16.

38 Str., vgl. hierzu etwa BeckOK/*Cornils* GG Art. 9 Rn. 10f.

39 BVerfG Beschl. v. 14.10.1970 – 1 BvR 307/68, BVerfGE 29, 221; BVerfG Beschl. v. 14.10.1970 – 1 BvR 753/68, BVerfGE 29, 245; BVerfG Urt. v. 3.4.2001 – 1 BvR 2014/95, BVerfGE 103, 197, 215.



tragsarztrecht sah etwa früher in § 98 Abs. 2 Nr. 12 SGB V iVm § 25 Ärzte-ZV eine Regelung vor, wonach die Zulassung als Vertragsarzt ab dem 55. Lebensjahr ausgeschlossen war. Nach Auffassung des BVerfG<sup>40</sup> verletzte diese Regelung jedoch nicht das Grundrecht der Berufsfreiheit, weil sie einem **Gemeinwohlbelang von überragender Bedeutung**, nämlich der finanziellen Stabilität und Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung, diene.<sup>41</sup> Diese Argumentation galt auch für den früheren § 95 Abs. 7 SGB V, wonach die Zulassung zum Vertragsarzt spätestens mit der Vollendung des 68. Lebensjahres erlosch.<sup>42</sup>

- 21 Wenngleich in den **Schutzbereich der Eigentumsfreiheit** zunächst nur Privateigentum (iSd § 903 BGB) fiel, unterstellt das BVerfG<sup>43</sup> seit dem Jahr 1980 auch (öffentlich-rechtliche) sozialversicherungsrechtliche Ansprüche und Anwartschaften auf Leistungen der Eigentumsгарantie. Voraussetzung ist, dass es sich um eine vermögenswerte Rechtsposition handelt, die nach Art eines Ausschließlichkeitsrechts dem Rechtsträger als privatnützig zugeordnet ist, die im Zusammenhang mit einer eigenen Leistung steht und nicht lediglich vom Staat in Erfüllung seiner Fürsorgepflicht kraft Gesetzes gewährt wird.<sup>44</sup> So sind etwa die Anwartschaft auf eine Versichertenrente<sup>45</sup>, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten<sup>46</sup> und Arbeitslosengeld<sup>47</sup> nach Auffassung des BVerfG vom Schutzbereich des Art. 14 GG umfasst.

### cc. Soziale Grundrechte?

- 22 Anders als die Grundrechte-Charta (GRCh) im Europäischen Recht kennt das Grundgesetz kein (Grund-)Recht auf soziale Sicherheit und soziale Unterstützung (so aber Art. 34 GRCh) und auch kein (Grund-)Recht auf Gesundheitsschutz (so aber Art. 35 GRCh). Auch soziale Grundrechte wie ein Recht auf Arbeit oder ein Recht auf angemessenen Wohnraum hat der deutsche Gesetzgeber nicht kodifiziert. Zu den **kodifizierten sozialen Grundrechten** zählen nur das in Art. 6 Abs. 4 GG normierte Recht der Mütter auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft und das Recht der nichtehelichen Kinder auf Gleichstellung mit den ehelichen Kindern in Art. 6 Abs. 5 GG.

### c. Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz

- 23 Explizit angesprochen werden sozialrechtliche Materien im GG nur in den Regelungen zur Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz in Art. 73 und Art. 74 GG. Gem. Art. 73 Abs. 1 Nr. 13 GG hat der Bund die ausschließliche

40 BVerfG Beschl. v. 20.3.2001 – 1 BvR 491/96, BVerfGE 103, 172.

41 Dennoch wurde diese Regelung zum 1.1.2007 durch das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz v. 22.12.2006 (BGBl. I 2006, 3439) aufgehoben.

42 BVerfG Beschl. v. 31.3.1998 – 1 BvR 2167/93, NJW 1998, 1776.

43 BVerfG Urt. v. 28.2.1980 – 1 BvL 17/77, BVerfGE 53, 257.

44 BVerfG Urt. v. 28.2.1980 – 1 BvL 17/77, BVerfGE 53, 257, 291.

45 BVerfG Urt. v. 28.2.1980 – 1 BvL 17/77, BVerfGE 53, 257, 290.

46 BVerfG Urt. v. 16.7.1985 – 1 BvL 5/80 ua, BVerfGE 69, 272, 300.

47 BVerfG Beschl. v. 12.2.1986 – 1 BvL 39/83, BVerfGE 72, 9, 18.

Gesetzgebung über die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und die Fürsorge für die ehemaligen Kriegsgefangenen. Auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge (ohne das Heimrecht) und der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung hat der Bund gem. Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 und Nr. 12 GG die konkurrierende Gesetzgebung. Daraus lässt sich schließen, dass der Bund **keine umfassende Gesetzgebungszuständigkeit** für das Sozialrecht insgesamt hat.<sup>48</sup> Die jeweiligen Kompetenzvorschriften werden aber **weit ausgelegt**; so umfasst etwa der Begriff „Sozialversicherung“ in Art. 74 Abs. 1 Nr. 12 GG „alles [...], was sich in der Sache als Sozialversicherung darstellt“<sup>49</sup>, daher etwa auch die Künstlersozialversicherung (Sozialversicherung für Selbständige) oder das Vertragsarztrecht.<sup>50</sup> Für die Länder bleibt insoweit nur ein geringer Spielraum.

Gem. Art. 30, 83 GG führen die Länder die sozialrechtlichen Bundesgesetze grundsätzlich als eigene Angelegenheit aus.

#### 4. Europäisches Recht

Auch die Regelungen des **Internationalen und Europäischen Sozialrechts** haben in der deutschen Sozialrechtspraxis eine große Bedeutung, da sozialrechtliche Sachverhalte mit Bezug zu zwei oder mehr Rechtsordnungen zunehmen. Insoweit spielen vor allem das sozialrechtliche Kollisionsrecht (Internationales Sozialrecht) und das Unionsrecht (Europäisches Sozialrecht) zentrale Rollen. Nähere Ausführungen hierzu finden sich im Abschnitt „Überblick über die internationalen Bezüge des Sozialrechts“.<sup>51</sup> 24

### III. Historische Entwicklung der sozialen Sicherheit in Deutschland

Auch wenn die **Bismarcksche Sozialversicherungsgesetzgebung der 1880er Jahre** sicherlich einen Meilenstein und Wegbereiter unseres heutigen modernen Sozial(versicherungs)rechts bedeutet, gab es Formen der sozialen Sicherung auch schon viel früher.<sup>52</sup> 25

Bereits in den **antiken Stadtkulturen** in Athen und Rom gab es erste Ansätze einer institutionalisierten sozialen Sicherung: Aus Spenden und einer Wohlfahrtssteuer wurde die sog Nahrungsmittelhilfe finanziert, die Armen, Gebrechlichen, Kranken und Alten gewährt wurde. Auch existierten bereits öffentliche Krankenkassen, die im Krankheitsfall Unterstützung leisteten. 26

<sup>48</sup> BVerfG Urt. v. 10.5.1960 – 1 BvR 190/58, BVerfGE 11, 105, 111.

<sup>49</sup> BVerfG Urt. v. 10.5.1960 – 1 BvR 190/58, BVerfGE 11, 105, 111; BVerfG Urt. v. 28.5.1993 – 2 BvF 2/90, BVerfGE 88, 203, 313.

<sup>50</sup> *Waltermann/Schmidt/Chandna-Hoppe* Rn. 23.

<sup>51</sup> Siehe unten Rn. 48ff.

<sup>52</sup> Umfassend zur Geschichte des Sozialrechts *Eichenhofer* Rn. 15ff.; *Waltermann/Schmidt/Chandna-Hoppe* Rn. 52ff.; s. auch *Eichenhofer*, Geschichte des Sozialstaats in Europa.

- 27 Im **Mittelalter** war es zunächst vor allem die Kirche, die Aufgaben der sozialen Sicherung übernahm: Arme, Kranke, Gebrechliche, Alte, Witwen und Waisen konnten durch Kirchengemeinden, Klöster, kirchliche Asyle und Hospitäler Unterstützung in Notlagen erhalten. Später bildeten sich dann Zünfte, Gesellenbruderschaften und Knappschaften, die ihre Mitglieder (Handwerker, Handwerksgesellen und Bergleute) bei Unfällen und in anderen Notlagen unterstützten.
- 28 Die Wanderungsbewegungen vom Land in die Städte ab dem **Spätmittelalter** führten zur massiven Zunahme von Landstreicherei und Bettelei, was die Institutionalisierung der Armenpflege, die Arbeitsunfähige finanziell unterstützte und Arbeitsfähige zur Arbeit aktivierte, zur Folge hatte. Das 19. Jahrhundert und die Industrialisierung verschärften diese Probleme massiv: Das Überangebot an Arbeitskräften in den Städten führte zu niedrigen Löhnen, schlechten, gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen und damit zu erheblicher Armut und Not. Die Landflucht bedeutete auch eine Auflösung der traditionellen Familienstrukturen: Familien lebten nicht mehr als Großfamilien mit vielen Generationen unter einem Dach und versorgten sich gegenseitig, sondern es waren nun nur noch die Eltern und Kinder, die als Kleinfamilie zusammenlebten und den Solidarverband „Familie“ bildeten.
- 29 Zum **Ende des 19. Jahrhunderts** kumulierten in einem Deutschland, das inzwischen zur Industriegesellschaft geworden war, diese Probleme: Verstädterung und Bevölkerungswachstum erhöhten Ausbeutung, Armut und Not der Arbeiter und führten zu massiver Unzufriedenheit und zu sozialen Unruhen im Land. Dies führte zu der Erkenntnis, dass die soziale Lage der Arbeiterschaft durch staatliche Hilfen verbessert werden musste, um auf diese Weise den sozialen Frieden zu festigen. Die „Kaiserliche Botschaft“ von Kaiser Wilhelm I. aus dem Jahr 1881 vor dem Deutschen Reichstag war der **Ausgangspunkt einer modernen Sozialpolitik** (und damit eines modernen Sozialrechts), die wenige Jahre später in den **Bismarckschen Sozialversicherungsgesetzen** mündete. Sie sahen einen obligatorischen Versicherungsschutz bei Unfällen, Krankheit, Alter und Invalidität vor, organisiert in Selbstverwaltungskörperschaften unter Beteiligung von Arbeitern und Unternehmern. Das **Krankenversicherungsgesetz aus dem Jahr 1883**<sup>53</sup> sah die Versicherungspflicht für alle Industriearbeiter vor. Die Finanzierung erfolgte gemeinsam durch Arbeiter und Unternehmer: Die Beiträge (zwischen 3% und 6% des Arbeitslohns) wurden zu 2/3 von den Arbeitern und zu 1/3 von den Unternehmern aufgebracht und an die nun als öffentlich-rechtliche Körperschaften organisierten Krankenkassen (Unterstützungskassen) geleistet, die bei Krankheit vor allem Lohnersatz und gesundheitliche Betreuung gewährten. Das **Unfallversicherungsgesetz aus dem Jahr 1884**<sup>54</sup> begründete ebenfalls die Versicherungspflicht der Arbeiter. Leistungsträ-

<sup>53</sup> Reichsgesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15.6.1883, RGBl. 1883, 73.

<sup>54</sup> Unfallversicherungsgesetz v. 6.7.1884, RGBl. 1884, 69.

# Stichwortverzeichnis

Die angegebenen Verweise beziehen sich auf die Randnummern.

- 3/5-Belegung 601, 620
- Abweg 450, 452f.  
Abwege von Kindern 452  
Agentur für Arbeit 113, 700ff., 764, 926, 932, 1008  
Aktive Arbeitsförderung 625ff., 639ff.  
Aktivierung des Hilfebedürftigen 718  
Aktueller Rentenwert 585, 1200  
Allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens 261  
Allgemeiner Beratungsanspruch 83  
Allgemeines Benachteiligungsverbot 94  
Allgemeinverfügung 1113  
Allgemeinversorgung 34  
Altersgrenze 18, 565ff., 583, 720, 779, 834, 859, 924  
Alterssicherung der Landwirte 2, 519, 523  
Ambulant betreute Wohngruppe 349, 392  
Ambulant vor stationär 264, 333  
Amtsermittlungsgrundsatz 1176  
Amtshaftungsanspruch 84  
Anfechtungsklage 1185f.  
Anfrageverfahren (§ 7a SGB IV) 128  
Angebote 619f., 952ff.  
Angebote zur Unterstützung im Alltag 363  
Anhörung 1043, 1106, 1111, 1176  
Anrechnung von Vermögen 677, 708, 724f., 733ff., 773, 778ff., 787ff., 835, 841ff., 878, 1015  
Antragsabhängigkeit 233f., 265, 274, 339, 460f., 631, 666, 692, 715, 853, 879f., 926, 981, 987, 1023, 1032, 1094, 1107  
Anwartschaftszeit 667, 674, 688, 705  
Äquivalenzprinzip 131, 527  
Arbeitnehmerähnliche Person 126  
Arbeitnehmerähnliche Selbständige 536, 541  
Arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren 396, 462  
Arbeitseinkommen 152  
Arbeitsentgelt 150ff.  
Arbeitsförderung 622ff.  
Arbeitsgeräteunfall 455  
Arbeitskampf 186, 684  
Arbeitslosengeld 666ff.  
Arbeitslosenhilfe 624, 633, 707, 711, 764  
Arbeitslosmeldung 84, 631, 666, 673, 705  
Arbeitsmarktberatung 623, 642  
Arbeitsmarktrente 723  
Arbeitsuchendmeldung 646, 682  
Arbeitstherapie 464, 558, 1025  
Arbeitsunfähigkeit 218, 268  
Arbeitsunfall 418ff.  
Arbeitsweg 443  
Arzneimittel 243, 246, 258, 264, 464, 558, 1025  
Ärztliche Behandlung 231f., 246ff., 264, 464, 558, 1025  
Arztvorbehalt 231f., 249  
Aufstocker 724  
Aufopferungsgedanke 1051  
Ausbildungsabbruch 830  
Ausbildungsförderung 812ff.  
Ausbildungsstättenprinzip 820, 859  
Auskunftsanspruch 83, 807, 835, 942  
Auskunftsrecht 1145  
Ausländer 731f., 782ff., 786, 832, 870, 979, 1059  
Auslandsbafög 825ff.  
Auslandszuschlag 840  
Außenseitermethode 223  
Ausstrahlung 53
- BAföG 812ff.  
Basiselterngeld 911, 950  
Beamte 134, 136, 191, 414, 496, 525, 540, 545, 638  
Beamtenrechtliche Beihilfe 166  
Beamtenrechtliche Fürsorgevorschrift 414, 496  
Bedarfsabhängige Sozialleistung 38  
Bedarfsdeckung 774, 795, 810  
Bedarfsdeckungsgrundsatz 774, 795  
Bedarfsgemeinschaft 725, 748, 778  
Bedürftigkeit 708, 712, 724f., 733, 770, 773, 778, 780, 787ff., 800  
Bedürftigkeitsabhängige Sozialleistung 38

- Befreiung von der Versicherungspflicht 193ff., 318  
 Behandlungsbedürftigkeit 211, 218  
 Behandlungsvertrag 285ff.  
 Behinderung 1008ff., 1020ff.  
 Beitragsbemessungsgrenze 147, 272, 302, 381f., 534, 543, 616, 696  
 Beitragsbemessungsgrundlage 149ff., 534, 543, 616  
 Beitragsfinanzierte Sozialleistung 39, 73  
 Beitragslast 306, 543  
 Beitragssatz 138, 143f., 153, 303, 315, 383f., 522, 530, 616, 696, 903  
 Beitragstragung 153, 183, 188, 304, 385ff., 617, 697  
 Beitragszuschlag für kinderlose Versicherte 18, 146, 153, 315, 384, 903  
 Beitragszuschuss 306, 389, 609  
 Belastungserprobung 464, 468, 558, 648, 1025  
 Benachteiligungsverbot 94, 113, 1011f., 1038  
 Beratung und Vermittlung 641, 645, 673, 745f.  
 Berufliche Weiterbildung 549, 651f., 746, 817, 1026, 1029  
 Berufsberatung 643, 694  
 Berufsgenossenschaft 40, 90, 145, 156f., 505f.  
 Berufskrankheit 65, 396, 417, 435, 456f., 508  
 Berufskrankheitenverordnung 14, 456f.  
 Berufsschadensausgleich 1088  
 Berufsunfähigkeit 587, 602  
 Berufswahl und Berufsausbildung 623, 650  
 Berufswahl und Berufsausübung 20  
 Berufung 1127, 1193  
 Beschäftigte 39, 121ff., 153ff., 172, 184, 302ff., 318  
 Beschäftigungslosigkeit 645, 668ff., 682, 705  
 Beschwerderecht 1144, 1127, 1193  
 Betriebliche Gefahrgemeinschaft 45, 487, 494  
 Betriebliche Gemeinschaftsveranstaltung 427  
 Betriebs- und Geschäftsgeheimnis 1135  
 Betriebsfrieden 45, 480, 494, 517  
 Betriebssport 428  
 Betriebsweg 443f., 490  
 Beweisverwertungsverbot 1146  
 Bezugsgröße 113, 202, 474, 522, 603, 674  
 Bildungsgutschein 651  
 Bismarcksche Sozialversicherungsgesetzgebung 25, 29f., 98, 112, 162, 397, 624  
 Bismarcksches Unfallversicherungsgesetz 398ff.  
 Bundesagentur für Arbeit 113, 156f., 641ff., 664, 684, 694, 697ff., 764, 926, 1008, 1026  
 Bundessozialgericht 223, 1171f., 1179  
 Bundessozialhilfegesetz 11, 707, 769  
 Bundeszuschuss 380  
 Chancengleichheit 36, 812ff., 817, 833, 835, 900, 954, 1017  
 Darlehen 299, 380, 746, 757, 795, 797, 847ff.  
 Datenschutz-Grundverordnung 1131  
 Demographischer Wandel 76, 529  
 Deutsche Rentenversicherung Bund 128, 156, 305, 519, 613, 1200  
 Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See 140, 156, 289ff., 519, 613, 1198, 1200  
 Deutsches Rotes Kreuz (DRK) 509, 736, 776, 960, 1199  
 Digitale Gesundheitsanwendungen 263  
 Digitale Pflegenwendungen 352ff.  
 Dritter Ort 447, 452, 1199  
 Duales Arbeitsschutzsystem 463  
 Durchgangsarzte 465  
 Durchschnittsrente 522, 586  
 Echte Sozialleistung 716, 956, 980, 1001  
 Echte Unfallversicherung 399, 507  
 Ehegattensplitting 905  
 Ehrenamtlich Pflegende 333, 345f., 350, 359, 362, 365  
 Ehrenamtliche Richter 1173  
 Eigenbemühungen 646, 668, 670  
 Eigenverantwortung 258, 334, 710, 716ff., 1019  
 Eigenwirtschaftliche Tätigkeit 421ff., 424, 429f., 451, 1199  
 Ein-Euro-Job 745f., 761  
 Eingliederung in Arbeit 90, 648ff., 710ff., 742ff., 745, 1032  
 Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung 781f., 792, 799, 803, 952, 1015, 1032  
 Eingliederungsvereinbarung 646, 670, 744f.  
 Eingliederungszuschuss 653  
 Einkommen 152  
 Einsatzgemeinschaft 778f., 781

- Einschränkung der Verarbeitung von Sozialdaten 1136ff., 1146  
Einstrahlung 53  
Einweisungsvorschriften 82ff., 330, 397, 459, 632, 792, 1024, 1108  
Elektronische Gesundheitskarte 233  
Elterliche Erziehung vor öffentlicher Jugendhilfe 958f.  
Elterngeld 906ff.  
Elterngeld Plus 911ff., 950f.  
Elternzeit 2, 637, 906ff.  
Entgeltersatzleistung 538, 625, 627, 636ff., 652, 656, 665ff., 944  
Entgeltgeringfügigkeit 130ff., 192, 540f.  
Entgeltpunkte 138, 529f., 581ff., 590, 1200  
Entlastungsbetrag 363ff., 394f.  
Entschädigung 36, 1050ff.  
Entschädigungszahlungen 1089  
Entstehung 213, 1198  
Erhebung von Sozialdaten 1137f.  
Ermessensleistung 99, 554, 625f., 640, 746ff.  
Erreichbarkeits-Anordnung 671  
Ersatzansprüche des Leistungsträgers gegen Dritte 1157ff.  
Ersatzpflege 350  
Erstattungsansprüche der Leistungsträger untereinander 1151ff.  
Erstausbildung 829, 859  
Erste Hilfe 462  
Erstversorgung 464  
Erwerbsfähigkeit 471ff., 555, 587ff., 721ff., 779, 810, 1200  
Erwerbsminderung 471ff., 587ff., 721ff., 779  
Erwerbsunfähigkeit 587, 722  
Erziehungsrente 89, 605  
Europäisches Sozialrecht 24, 56  
Existenzsicherung 7, 46, 109, 707, 770f.
- Familienheimfahrt 454  
Familienkasse 699, 926, 932  
Familienleistungen 900ff.  
Familienversicherung 116, 167, 197, 201  
Feststellungsklage 1190  
Feuerwehr-Unfallkassen 507, 1199  
Fördern und Fordern 718  
Formeller Sozialrechtsbegriff 2f.  
Fortsetzungsfeststellungsklage 1186  
Freibetrag 737, 741, 789, 842, 905  
Freie Jugendhilfe 953, 960  
Freie Wohlfahrtspflege 736, 776, 960
- Freiwillige Versicherung 196ff., 318, 402f., 415f., 542f.  
Freizügigkeit 58, 69, 731f.  
Früherkennung von Krankheiten 244f.
- Gefahrklassen 145, 512  
Gemeinsame Betriebsstätte 499, 502  
Gemeinsamer Bundesausschuss 244f., 250, 258, 295ff.  
Generationenvertrag 75f., 904  
Generativer Beitrag 201, 384, 902  
Gerichtsbescheid 1192  
Geringfügige Beschäftigung 130ff., 129, 842  
Gesamtsozialversicherungsbeitrag 111, 153f., 617, 633, 693  
Gesetzesvorbehalt 92, 1114  
Gesetzliche Krankenversicherung 161ff., 316, 1198  
Gesetzliche Rentenversicherung 138ff., 519ff., 1200  
Gesetzliche Unfallversicherung 145, 156, 396ff., 1199  
Gesetzlicher Forderungsübergang 45ff., 270, 498, 766, 773, 807, 1157ff.  
Gesundheitserstschaden 419, 440, 620  
Gesundheitsfonds 142, 303, 307f.  
Gesundheitsschaden 438, 1050f., 1062ff.  
Gesundheitsstörung 1065f., 1095  
Gewalttaten 1068ff.  
Gewerbliche Berufsgenossenschaft 507f., 1199  
Gleichheitssatz 18  
Grundrente 606ff.  
Grundsatz der Beschleunigung 1149, 1176  
Grundsatz der Familienabhängigkeit 841  
Grundsatz der freien Arztwahl 249  
Grundsatz der Globaläquivalenz 144  
Grundsatz der Klägerfreundlichkeit 1169, 1177ff.  
Grundsatz der kongruenten Deckung 1162  
Grundsatz der Mündlichkeit 1176  
Grundsatz der Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns 1120, 1123  
Grundsatz der Unmittelbarkeit 1176  
Grundsicherung für Arbeitsuchende 742, 764ff., 1120  
Gründungszuschuss 654f.
- Haftungsausfüllende Kausalität 419, 440, 1064f., 1199  
Haftungsausschluss zugunsten des Unternehmers 45, 480ff.

- Haftungsbegründende Kausalität 419, 439, 1101, 1064ff.  
 Haftungsfreistellung des Unternehmers 398, 443, 487, 494  
 Haftungsprivilegierung des Unternehmers 492  
 Handlungstendenz 409f., 422f., 433, 443, 447  
 Hartz-Reformen 11, 31, 624, 633, 707, 769  
 Hausarztzentrierte Versorgung 249, 1183  
 Haushaltsmitglieder 871f., 875ff.  
 Haushaltsscheckverfahren 140, 155  
 Häusliche Krankenpflege 246, 316, 464  
 Häusliche Pflege 243, 333, 343, 345ff., 746  
 Häuslicher Bereich 443ff.  
 Heilbehandlung 105, 401, 464ff., 1161f.  
 Heilmittel 224, 232, 259, 283, 464, 558, 1025  
 Heimpflege 469  
 Hilfe zum Lebensunterhalt 778, 792ff.  
 Hilfebedürftigkeit 724f., 733, 787ff.  
 Hilfeleistende bei Unglücksfällen 407  
 Hilfen in besonderen Lebenslagen 790, 798  
 Hilfsmittel 161, 225, 234, 243, 257ff., 283, 438, 464, 558, 757, 795, 1062  
 Hinterbliebene 110, 396, 476f., 526ff., 548ff., 1059, 1096, 1164, 1179  
 Hinterbliebenenrente 476f., 528, 551, 584, 604ff.  
 Hinzuverdienstgrenze 577, 603  
 Homöopathie 223
- Impfschäden 1053, 1078  
 Individualisierungsgrundsatz 93, 774f., 795  
 Individualisierungsprinzip 795, 963  
 Individualprophylaxe 239  
 Inklusionsvereinbarung 1041  
 Innerer Zusammenhang 421  
 Insolvenzgeld 623, 665ff., 689ff.  
 Internationales Sozialrecht 24, 50ff.
- Jahresarbeitsentgeltgrenze 146, 148, 190, 203, 306, 534  
 Jobcenter 765  
 Jugendamt 966, 968, 990ff.  
 Jugendarbeit 952, 954, 975, 983f., 1001  
 Jugendsozialarbeit 952, 975f., 984  
 Junge Menschen 642, 650ff., 975
- Kapitaldeckungsverfahren 74, 76  
 Kassenärztliche Vereinigung 295, 1117, 1173  
 Kausalprinzip 1057, 1082  
 Kenntnisgrundsatz 775
- Kieferorthopädische Behandlung 252f.  
 Kinder- und Jugendhilfe 952ff.  
 Kinderbetreuungszuschlag 840  
 Kindererziehungszeiten 530, 576, 614, 902  
 Kinderfreibetrag 842, 920  
 Kindergeld 735, 900f., 920ff.  
 Kindergrundsicherung 933ff.  
 Kindertagespflege 963, 973, 986, 994  
 Kinderzuschlag 735, 901, 929ff.  
 Klagearten des sozialgerichtlichen Verfahrens 1184ff.  
 Kleinunternehmer 414, 536  
 Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage 1189  
 Kommunalverband 803  
 Kongruenz 1162  
 Konzentrationsmaxime 1176  
 Kosten für Unterkunft und Heizung 724, 749, 752, 764, 796, 810  
 Kostenerstattungsprinzip 167, 226f.  
 Krankenbehandlung 38, 210, 214, 246ff., 256ff., 334, 1092  
 Krankengeld 198, 204, 267ff., 697  
 Krankenhausbehandlung 264ff., 281  
 Krankenkasse 289f.  
 Krankenkassenwahlrecht 291ff.  
 Krankenversicherung der Landwirte 173  
 Krankenversicherungszuschlag 839  
 Krankheit 211ff.  
 Kurzarbeitergeld 631, 639, 656ff.  
 Kurzzeitpflege 350, 355
- Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft 507  
 Lastenausgleich 514  
 Lastenzuschuss 861, 867, 869, 881  
 Lehre von der wesentlichen Bedingung 436, 439f., 1065  
 Leistung bei Pflegebedürftigkeit 332, 355, 371, 469  
 Leistungen für Pflegepersonen 330, 359, 365  
 Leistungen zur Teilhabe 468, 552ff., 563, 755f., 797, 1008ff., 1018f., 1024ff.  
 Leistungserbringer 233ff., 275ff., 367ff., 375ff., 1019  
 Leistungsklage 1188f.  
 Leistungsminderungen 758ff.  
 Lohnersatzfunktion 907
- Materieller Sozialrechtsbegriff 4  
 Medizinische Rehabilitation 334, 556ff., 1008ff., 1024ff., 1200

- Medizinischer Dienst 293ff.  
 Mehrkostenregelung 252  
 Meldepflichten des Arbeitgebers 113, 155  
 Mietzuschuss 861, 867, 881  
 Minderung der Erwerbsfähigkeit 472ff.,  
 587ff., 779  
 Mindestbeitragsbemessungsgrundlage 544,  
 616  
 Mindestlohn 907, 915  
 Mini-Job 130  
 Mitgliedschaft 117ff.  
 Mitverschulden des Geschädigten 45, 1165.  
 Mitwirkung des Leistungsberechtigten 79,  
 105  
 Mitwirkungspflicht des Leistungs-  
 berechtigten 105ff., 119, 681, 772  
 Modifizierte Zufallsstheorie 734  
 Module 322, 324  
 Mutterschaft 64, 242ff., 901, 947  
 Mutterschaftsgeld 243, 301, 915, 943ff.
- Nachhaltigkeitsrücklage 614  
 Nachranggrundsatz 767, 773, 778  
 Nachversicherung 531, 545  
 Nachzahlung vorenthaltener Leistungen  
 1120  
 Neue Selbständigkeit 127  
 Neues Begutachtungsassessment 315, 320  
 Nichtförmlichkeit 1109  
 Nichtselbständige Arbeit 122, 124
- Öffentliche Jugendhilfe 952f., 956ff., 960f.,  
 969, 998  
 Öffentlich-rechtlicher Vertrag 368, 1117  
 Opferentschädigung 1051ff., 1073  
 Organspende 272  
 Ort der Tätigkeit 442ff., 620
- Partizipationsprognose 686  
 Partnermonate 911, 950  
 Partnerschaftsbonus 912, 950  
 Pauschalbeitrag 137f., 141  
 Personenbezogene Daten 1132, 1135  
 Persönliches Budget 219, 1019, 1031  
 Pflegebedürftigkeit 320ff.  
 Pflegedienst 312, 370f., 377, 391f., 394  
 Pflegegeld 345ff.  
 Pflegegrade 321, 323ff.  
 Pflegehilfsmittel 330, 342, 351f., 362, 370,  
 1126  
 Pflegekassen 367ff., 378  
 Pflegeperson 330, 345ff., 350, 356, 359ff.,  
 501, 536
- Pflegesachleistung 330, 342ff.  
 Pflegestufen 320  
 Pflegevergütung 371  
 Pflegeversicherung 311ff.  
 Pflegeversicherungszuschlag 839  
 Potenzialanalyse 646  
 Prävention 29, 236ff., 334, 396, 462, 519,  
 553ff.  
 Prinzip der abstrakten Schadensberechnung  
 472, 480  
 Prinzip der Fachkammern 1174  
 Prinzip der Leistungsfähigkeit 167, 300,  
 381  
 Privat Krankenversicherte 175, 313, 318,  
 609  
 Private Altersvorsorge 541  
 Private Krankenversicherung 76, 116,  
 166ff., 175, 181, 190, 201, 226, 300  
 Private Pflege-Pflichtversicherung 313  
 Privathaushalte 130, 135, 137ff.  
 Privatversicherung 74, 115f.  
 Prüfungsschemata 1198ff.  
 Psychische Schäden 1066  
 Psychische Gewalt 1071ff.
- Quotenvorrecht 1164f.
- Recht auf Beschwerde 1144  
 Recht auf Bildungs- und Ausbildungs-  
 förderung 812  
 Recht auf informationelle Selbstbestim-  
 mung 95, 1132, 1137  
 Recht auf Vergessenwerden 1146  
 Rechtsquellen des Sozialrechts 9ff., 58  
 Rechtsschutz im Sozialrecht 42, 1169ff.  
 Rechtswegzuweisung 1182  
 Regelaltersgrenze 566ff., 577, 583, 588, 620,  
 730  
 Regelaltersrente 550, 565f., 575, 611, 638,  
 666, 705, 156  
 Regeln der ärztlichen Kunst 248  
 Regressanspruch 47, 380, 503, 807, 1163  
 Reha vor Rente 553, 1200  
 Rehabilitation 334, 467, 553ff., 1008ff.,  
 1025, 1200  
 Rehabilitation und Teilhabe von Menschen  
 mit Behinderungen 1008ff.  
 Rehabilitationsträger 1033ff., 1044, 1048  
 Rente 564ff.  
 Rente wegen Alters 565ff.  
 Rente wegen Erwerbsminderung 601ff.  
 Rentenabfindung 519, 610  
 Rentenabschläge 567ff., 590, 728



- Rentenanwartschaft 21, 545f.  
 Rentenartfaktor 582ff., 589, 604, 1200  
 Rentenbeginn 532, 578f.  
 Renteneintrittsalter 56, 529ff.  
 Rentenformel 581ff., 1200  
 Rentenhöhe 529, 581ff.  
 Rentenniveau 525, 530  
 Rentenrechtliche Zeiten 576, 611, 1200  
 Rentensplitting 547  
 Rentenversicherungspflicht 533ff.  
 Restleistungsvermögen 593ff., 722, 727  
 Revision 1127, 1194  
 Risikostrukturausgleich 308, 514  
 Rücknahme rechtswidriger Verwaltungs-  
 akte 41, 1118ff., 1186  
 Rückzahlung 805, 809, 848  
 Ruhen des Leistungsanspruchs 188, 230,  
 270, 316, 338, 678ff., 704, 1154f., 1159  
  
 Sachleistungsprinzip 167f., 224ff., 275, 335,  
 366, 468  
 Saison-Kurzarbeitergeld 660  
 Sanktionen 86, 89, 229, 230  
 Säulen der gesetzlichen Sozialversicherung  
 112, 156  
 Schadensersatz 398, 480ff., 1147, 1157ff.  
 Scheinselbständigkeit 127  
 Schnelle Hilfen 1086f.  
 Schockschäden 1073  
 Schonvermögen 790  
 Schüler 407, 424, 499f., 638, 812ff.  
 Schutz der Sozialdaten 95, 997, 1131ff.  
 Schutzimpfung 238, 1067, 1078ff., 1101  
 Schwangerschaft 212, 241, 241f., 943  
 Schwarzarbeit 506  
 Schwerbehindertenrecht 1009, 1016, 1021,  
 1038ff.  
 Schwerbehindertenvertretung 1016, 1041,  
 1043  
 Schwerbehinderung 908, 1010, 1020f.  
 Selbständige Tätigkeit 124ff.  
 Selbstbestimmungsgrundsatz 332  
 Selbsthilfegrundsatz 778  
 Selbstverantwortung des Hilfebedürftigen  
 717  
 Selbstverwaltung 30f., 40, 117f., 157, 290,  
 295, 369, 378, 613, 700f., 1127  
 Sicherstellungsauftrag 228, 366  
 Sicherung des Lebensunterhalts 4, 38, 46,  
 707ff., 768ff., 812  
 Soldaten 2, 191, 525, 540, 545, 638, 915,  
 1054, 1095  
 Solo-Selbständige 536, 541  
  
 Sonderrechtsnachfolge im Sozialrecht  
 100f., 1179  
 Sonderversorgung 34  
 Sozialbericht 70  
 Sozialbudget 70, 73  
 Sozialdaten 1131ff.  
 Sozialdatenschutz 11, 95, 1103, 1131ff.  
 Soziale Förderung 36f., 707ff.  
 Soziale Gerechtigkeit 80  
 Soziale Grundrechte 22  
 Soziale Haftpflichtversicherung 29, 153,  
 398, 510  
 Soziale Hilfe 36f., 707ff.  
 Soziale Pflegeversicherung 311ff.  
 Soziale Rechte 81, 1169  
 Soziale Sicherheit 4f., 7f., 22, 111  
 Soziales Entschädigungsrecht 1050ff.  
 Sozialgeheimnis 1130, 1134ff., 1140  
 Sozialgerichtsbarkeit 1170ff., 1181  
 Sozialhilfe 768ff.  
 Sozialleistungsquote 70, 72  
 Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch  
 84ff., 1120  
 Sozialverwaltungsverfahren 1104ff.  
 Sozialverhältnis 43, 84, 746  
 Sozialstaatsprinzip 15ff., 109, 770, 1051,  
 1098  
 Sozialversicherung 114ff.  
 Sozialversicherungsverhältnis 119ff.  
 Soziokulturelles Existenzminimum 36,  
 529, 750, 770, 793  
 Sperrzeit 645, 670, 675, 681f., 705  
 Staatliches Wächteramt 954ff., 967f., 956f.,  
 991, 1006  
 Stammversicherter 116, 120, 197, 201,  
 205f., 291, 300  
 Sterbegeld 60, 162, 476  
 Sterbevierteljahr 478, 604  
 Steuerfinanzierte Sozialleistung 39, 73  
 Studienabschlussförderung 846f.  
 Studierende 191, 194, 207f., 267, 291, 303f.,  
 318, 407, 499f., 509, 540, 638, 812ff.  
 Stufenschema 602  
 Subsidiarität 178, 558, 708, 711f., 770, 766,  
 770, 864, 1190  
 Subventionsähnliche Leistungen 1126  
 Systemversagen 85, 228, 250  
  
 Tätigkeitsbezogene Personenversicherung  
 404  
 Teilarbeitslosengeld 687f.  
 Teilhabe 1008ff.

- Teilhabe am Arbeitsleben 176, 459, 468, 519, 553, 549, 663, 988, 1024, 1026ff., 1032, 1199f.  
 Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft 468, 988, 1024, 1031, 1048, 1199  
 Teilhabe Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben 648, 649, 663, 1044  
 Teilrente 603, 1199  
 Teilstationäre Pflege 330, 333, 355f.  
 Teilweise Erwerbsminderung 587ff.  
 Territorialitätsgrundsatz 91  
 Territorialitätsprinzip 51ff.  
 Theorie der wesentlichen Ursache/Bedingung 436, 439f., 1065, 1101, 1199  
 Träger der Sozialversicherung 117, 157  
 Transfermaßnahmen 631, 661  
 Trennungsmodell 764f.  
  
 Überbrückungsleistungen 786  
 Übergangsgeld 468, 538, 561, 636, 663, 1028  
 Übermittlung 997, 1136ff.  
 Übermittlung von Sozialdaten 1136ff.  
 Umlageverfahren 74, 379, 511, 529, 614, 904  
 Umweg 449, 453, 1199  
 Unechte Unfallversicherung 399, 407, 510  
 Unfallereignis 419, 435f., 438, 517, 620, 1199  
 Unfallgefahr 145, 508, 512  
 Unfallkassen 507, 509, 1199  
 Unfallkausalität 419, 436f., 517, 1199  
 Unfallklinik 465  
 Unfallverhütungsvorschriften 14, 462f.  
 Unfallversicherungsträger 507ff., 1199  
 Unionsbürger 731f., 832  
 Unmittelbarer Weg 442ff., 1199  
 Unterbrechung 451f., 1199  
 Unterhaltsvorschuss 939ff.  
 Unterkunft 749ff., 793ff.  
 Untersuchungsgrundsatz 1110  
  
 Verarbeitung von Sozialdaten 1136ff.  
 Verbleib in Beschäftigung 623, 655  
 Verfügbarkeit 67, 668, 671, 705  
 Verhältnis Gesetzliche Krankenversicherung – Gesetzliche Unfallversicherung 169, 401  
 Verhältnis Gesetzliche Krankenversicherung – Private Krankenversicherung 166ff.  
  
 Verhältnis Gesetzliche Rentenversicherung – Gesetzliche Unfallversicherung 1200  
 Verhältnis Grundsicherungsleistungen zur Rente wegen Alters 728  
 Verhältnis Soziale Pflegeversicherung – Gesetzliche Krankenversicherung 316  
 Verhältnis Soziale Pflegeversicherung – Gesetzliche Unfallversicherung 341  
 Verjährung 43, 102  
 Verletztengeld 46, 470, 538, 636  
 Verletztenrente 471ff.  
 Vermögensfreibetrag 738ff., 843  
 Verpflichtungsklage 1187, 1189  
 Verschämte Altersarmut 791, 807  
 Versicherung kraft Satzung 402, 413  
 Versicherungsfreiheit 189ff., 318, 414, 533f., 540, 638  
 Versicherungspflicht 171ff., 318ff., 404ff., 533ff., 635ff.  
 Versicherungsprinzip 115, 526, 615  
 Versorgungsausgleich 531, 546, 611  
 Versorgungsvertrag 281, 343, 367ff., 375  
 Verwaltungsakt 1112ff.  
 Verwaltungsakte mit Dauerwirkung 1118, 1122f., 1128  
 Verwaltungsverfahren 1104ff.  
 Volksversicherung 313, 522, 542  
 Volle Erwerbsminderung 593ff.  
 Vollstationäre Pflege 260, 330, 333, 357  
 Vorleistungsverpflichtung 1153  
 Vorrangprinzip 627  
 Vorversicherungszeit 119, 180, 197, 340, 392, 394, 532, 374, 620  
  
 Wahltarif 168, 198, 249  
 Waisenrente 477, 479, 604  
 Wartezeit 556, 564f., 574ff., 600, 604, 620, 1200  
 Wegefähigkeit 598, 723  
 Wegeunfall 442ff.  
 Wehrdienstbeschädigung 1095  
 Weiterversicherung 196, 318f.  
 Werkstudentenprivileg 191  
 Wesentliche Änderung der Verhältnisse 1118, 1128  
 Widerruf rechtmäßiger Verwaltungsakte 1118, 1124ff.  
 Wie-Berufskrankheiten 457  
 Wie-Beschäftigung 408ff., 412, 482, 1199  
 Wirtschaftlichkeitsgebot 221ff., 251, 310, 336, 401, 464, 554, 626, 1048, 1198  
 Witwen- bzw. Witwerrente 477f., 604  
 Wohngeld 861ff.

- Wohngeldberechtigte Person 867ff.  
Wohnraum 873ff., 1030  
Wohnumfeldverbessernde Maßnahmen  
330, 351
- Zahnärztliche Behandlung 231, 246ff., 464,  
558, 1025  
Zeitgeringfügigkeit 133ff., 192, 540  
Zivildienstleistende 186, 1051, 1077  
Zugangsfaktor 572, 583f., 590, 1200  
Zurechnungszeit 576, 590, 1200
- Zusammenarbeit der Leistungsträger mit  
Dritten 1103, 1148ff.  
Zusammenarbeit der Leistungsträger unter-  
einander 1103, 1148ff.  
Zusammenrechnungsregel 134f., 192  
Zusatzbeitrag 153, 303, 307, 1198  
Zuschuss zum Mutterschaftsgeld 243,  
945ff.  
Zwangsversicherung 115, 171  
Zweitausbildung 829ff.  
Zweitschädiger 492